

WSI-Standortbericht 2004: Demographische Entwicklung – Ein Standortproblem?

*Eckhard Hein, Bernd Mülhaupt, Achim Truger
unter Mitarbeit von Klaus Bartsch*

Im mittlerweile vierten Jahr der Stagnation und nach den tiefen Einschnitten in die sozialen Sicherungssysteme durch die Agenda 2010 werden die Rufe nach radikalen Strukturreformen nicht leiser. Seit einiger Zeit wird die demographische Entwicklung als ein weiteres Argument für die scheinbare Unausweichlichkeit solcher Reformen angeführt. Im Mittelpunkt des diesjährigen WSI-Standortberichtes steht daher – neben der üblichen Analyse der deutschen Leistungsfähigkeitsindikatoren – eine Beschäftigung mit den Auswirkungen der demographischen Entwicklung auf Wirtschaft und Gesellschaft. Wird die Gesellschaft durch den Bevölkerungsrückgang und die Alterung überfordert? Sind die gestiegenen und voraussichtlich weiter steigenden Lohnnebenkosten ein Hindernis für Wachstum und Beschäftigung? Welche Wirkungen haben alternative Finanzierungsformen der Sozialsysteme?

1

Einleitung

Die deutsche Wirtschaft kommt auch 2004, mittlerweile im vierten Jahr in Folge, nicht richtig in Schwung. Die wirtschaftliche Dynamik bleibt hinter der in der Europäischen Union, insbesondere aber hinter der in den USA zurück. Dies ist ein seit Mitte der 90er Jahre vertrautes Bild. Die wissenschaftliche Politikberatung hat hierauf mit dem Ruf nach tief greifenden strukturellen Reformen am Arbeitsmarkt und bei den sozialen Sicherungssystemen reagiert, um angeblich verkrustete Strukturen aufzubrechen und den Standort Deutschland im globalen Wettbewerb wieder konkurrenzfähig zu machen. Die Bundesregierung ist diesen Aufforderungen mit den „Hartz-Gesetzen“ im Hinblick auf den Arbeitsmarkt und mit der Agenda 2010 im Hinblick auf die sozialen Sicherungssysteme weitgehend nachgekommen. Die mangelhafte theoretische und empirische Fundierung einer solchen Politik-Ausrichtung wurde dabei geflissentlich ignoriert. Alternative, makroökonomische Erklärungsansätze für die nun schon fast ein Jahrzehnt andauernde deutsche Wachstumsschwäche wurden nicht einmal wahrgenommen.

Seit einigen Jahren, insbesondere seit der Rentenreform 2001, wird die demographische Entwicklung als ein weiteres Argument für die scheinbar unausweichlichen strukturellen Reformen angeführt. Erstes Ziel ist es hierbei, die so genannten Lohn-

nebenkosten zu senken, deren Höhe als vermeintliche Ursache für die deutschen Wachstums- und Beschäftigungsprobleme gesehen wird. Nun ist es sicherlich richtig, dass wie in den meisten anderen reifen Industriegesellschaften auch in Deutschland die Bevölkerungszahl abnehmen und das Durchschnittsalter steigen wird. Hierauf gibt es scheinbar nur zwei mögliche Antworten: Entweder müssen die Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung kräftig heraufgesetzt werden mit der angeblichen Folge, die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland zu gefährden und einen Generationenkonflikt zu riskieren, oder aber den Rentnern muss der Gürtel erheblich enger geschnallt werden. Die Arbeitgeberverbände nutzen das Thema im Zusammenspiel mit den Finanzmarktakteuren als weiteres Vehikel für ihre altbekannten Forderungen nach Deregulierung und Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und nach „Zurückstutzen“ der sozialen Sicherungssysteme. Die Bundesregierung und die Opposition haben sich, ohne die Diskussion für weitere Handlungsoptionen zu öffnen, für den zuletzt genannten Kurs entschieden.¹

Aber ist die demographische Entwicklung wirklich ein zentrales Problem für die deutsche Wirtschaft und Gesellschaft? Und gibt es wirklich keine Alternativen zu den von der Politik gewählten Maßnahmen? Wir werden uns in diesem Standortbericht schwerpunktmäßig mit diesen Fragen auseinandersetzen. Vorher soll jedoch in guter Gewohnheit eine Bestandsaufnahme der „Leistungsfähigkeit der deutschen Wirt-

schaft im internationalen Vergleich“ sowie der außenwirtschaftlichen Performance vorgenommen werden.

1 Die Bundesregierung hat Ende 2002 mit der expliziten Vorgabe, die Lohnnebenkosten zu senken, die Kommission „Nachhaltigkeit in der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme“ (Rürup-Kommission) eingesetzt und 2003 auf der Grundlage ihrer Empfehlungen eine weitere Rentenreform durchgeführt. Die CDU hat Anfang 2003 eine Kommission „Soziale Sicherung“ (Herzog-Kommission) eingesetzt ebenfalls mit dem Auftrag, Vorschläge zur langfristigen Sicherung der Sozialsysteme und der Senkung der Lohnnebenkosten zu entwickeln.

Eckhard Hein, Dr., ist Leiter des Referats Allgemeine Wirtschaftspolitik im WSI in der Hans Böckler Stiftung.

e-mail: eckhard-hein@boeckler.de

Bernd Mülhaupt ist Leiter des Referats Wirtschaftswachstum unter qualitativen und quantitativen Aspekten im WSI in der Hans Böckler Stiftung.

e-mail: bernd-muelhaupt@boeckler.de

Achim Truger, Dr., ist Leiter des Referats Steuer- und Finanzpolitik im WSI in der Hans Böckler Stiftung.

e-mail: achim-truger@boeckler.de

Klaus Bartsch, Ökonometrische Prognose- und Simulationsmodelle, Rotenburg a.d. Wümme

e-mail: klausbartsch@compuserve.com

2

Entwicklung der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft

2.1 „LEISTUNGSFÄHIGKEIT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT IM INTERNATIONALEN VERGLEICH“

Zur Messung der volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit ziehen wir, wie in den Standortberichten der vergangenen Jahre, unseren Indikator „Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft im internationalen Vergleich“ heran.² Dieser Indikator versucht, einerseits den Nutzungsgrad des in der Volkswirtschaft zur Verfügung stehenden Arbeitskräftepotenzials und andererseits die Effizienz des Arbeitseinsatzes zu erfassen. Es werden für die untersuchten Länder Deutschland (D), Frankreich (F), Großbritannien (GB), USA und Japan (J) folglich die Beschäftigungsquoten und die Arbeitsproduktivitäten jeweils im Vergleich zu den Durchschnittswerten für die Europäische Union (EU-15) ermittelt. Der Indikator ergibt sich dann als arithmetischer Mittelwert beider Kennziffern.

Aus *Tabelle 1* wird ersichtlich, dass der seit Mitte der 90er Jahre abwärts gerichtete Trend der komparativen deutschen Leistungsfähigkeit im Jahr 2003 gestoppt werden konnte, ohne dass daraus jedoch bereits eine Trendumkehr abgeleitet werden kann. Hintergrund dieses Befundes, der auf einer leichten Erholung der deutschen Arbeitsproduktivität im Vergleich zur EU-15 beruht, ist vermutlich vielmehr, dass im Rahmen der allgemeinen Stagnation in Europa auch in den anderen Ländern mittlerweile das Produktivitätswachstum in Mitleidenschaft gezogen wurde.

Nachdem die Leistungsfähigkeit der westdeutschen Wirtschaft im Jahr 1990 noch erheblich über dem Durchschnitt der EU-15 lag – sowohl die Produktivität als auch die Beschäftigungsquote waren überdurchschnittlich –, kam es 1991 durch die deutsche Wiedervereinigung zu einem deutlichen Einbruch bei der komparativen Arbeitsproduktivität. Der Produktivitätsaufholprozess in Ostdeutschland konnte diesen Einbruch in der ersten Hälfte der 90er Jahre zwar nicht kompensieren, durch die weiterhin überdurchschnittliche Beschäftigungsquote lag jedoch die komparative Leistungsfähigkeit der deutschen Wirt-

Tabelle 1: Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft im internationalen Vergleich, 1991–2003

A: Produktivität* (BIP in KKS/Erwerbstätige, EU-15 = 100)						
Jahr	EU-15	D	F	GB	USA	J
1991	100	98,5	117,4	85,9	115,4	93,5
1992	100	99,8	116,9	86,3	116,2	91,0
1993	100	98,9	115,9	87,9	115,8	89,8
1994	100	98,6	114,8	88,5	114,5	88,1
1995	100	98,5	113,8	88,6	113,1	88,2
1996	100	98,9	113,5	88,9	114,1	89,9
1997	100	98,0	114,8	90,2	114,7	89,2
1998	100	97,3	115,4	90,5	115,6	87,7
1999	100	96,8	115,1	90,4	117,3	87,6
2000	100	95,7	114,4	91,9	118,2	89,1
2001	100	94,8	115,0	93,7	118,8	89,3
2002	100	94,7	114,4	96,0	121,2	89,4
2003	100	95,6	113,3	96,3	121,9	90,2
B: Beschäftigungsquote (Erwerbstätige/Erwerbsbevölkerung, EU-15 = 100)						
Jahr	EU-15	D	F	GB	USA	J
1991	100	102,4	98,6	99,2	101,3	105,9
1992	100	102,4	98,6	99,0	101,7	106,9
1993	100	102,5	98,6	100,1	103,8	108,1
1994	100	102,4	98,5	101,3	104,9	108,1
1995	100	102,3	98,7	101,8	105,1	107,4
1996	100	101,7	98,1	102,5	105,4	107,3
1997	100	100,5	98,0	103,5	105,6	107,1
1998	100	100,4	97,9	103,5	105,4	105,6
1999	100	100,3	97,8	103,0	104,9	104,2
2000	100	100,2	98,5	102,6	104,2	103,2
2001	100	99,7	98,8	102,5	102,9	102,4
2002	100	99,3	98,8	102,7	102,2	102,4
2003	100	98,9	98,6	103,1	102,3	102,8
C: Leistungsfähigkeit im internationalen Vergleich [(A+B)/2, EU-15 = 100]						
Jahr	EU-15	D	F	GB	USA	J
1991	100	100,5	108,0	92,5	108,4	99,7
1992	100	101,1	107,8	92,6	108,9	98,9
1993	100	100,7	107,3	94,0	109,8	98,9
1994	100	100,5	106,7	94,9	109,7	98,1
1995	100	100,4	106,2	95,2	109,1	97,8
1996	100	100,3	105,8	95,7	109,7	98,6
1997	100	99,2	106,4	96,8	110,2	98,1
1998	100	98,8	106,6	97,0	110,5	96,7
1999	100	98,6	106,5	96,7	111,1	95,9
2000	100	98,0	106,4	97,2	111,2	96,1
2001	100	97,2	106,9	98,1	110,9	95,8
2002	100	97,0	106,6	99,3	111,7	95,9
2003	100	97,3	106,0	99,7	112,1	96,5

Nachrichtlich: 1990 wie die alte Bundesrepublik folgende Werte auf: Produktivität (A) 108,4; Beschäftigungsquote (B) 102,6; Leistungsfähigkeit im internationalen Vergleich (C) 105,5.
* Der internationalen Produktivitätsvergleich wird durch unterschiedliche Arbeitszeiten pro Erwerbstätigen verzerrt; KKS = Kaufkraftstandards.
Quelle: Europäische Kommission (2004), eigene Berechnungen

WSI Hans Böckler Stiftung

schaft in der ersten Hälfte der 90er Jahre noch leicht über dem EU-15 Durchschnitt. Seit Mitte der 90er Jahre ist dies jedoch nicht mehr der Fall. Bei der Arbeitsproduktivität vergrößerte sich der Rückstand gegenüber der EU-15 und bei der Beschäftigungsquote ging der Vorsprung um die Jahrtausendwende verloren, sodass sich insgesamt eine unterdurchschnittliche und bis 2002 rückläufige Leistungsfähigkeit ergab.

In den beiden letzten Standortberichten haben wir eine ausführliche Analyse der im internationalen Vergleich unbefriedigenden Performance der deutschen Wirtschaft seit Mitte der 90er Jahre vorgelegt. Die deutsche Wachstums- und Beschäftigungsschwäche ist demnach nicht auf

überregulierte Arbeitsmärkte und leistungsfeindliche soziale Sicherungssysteme zurückzuführen (Hein/Mülhaupt/Truger 2003), wie in der wissenschaftlichen und politischen Debatte größtenteils weiterhin vermutet wird: Weder lassen sich theoretisch oder empirisch eindeutige Zusammenhänge zwischen dem Rigiditätsgrad des Arbeitsmarktes und der sozialen Sicherungssysteme einerseits und der Arbeitslosigkeit andererseits herstellen, noch weisen die deutschen Arbeitsmarktinstitutionen

² Hein/Mülhaupt/Truger (2003). Zu einer ausführlicheren Begründung des Indikators vgl. Hein/Mülhaupt/Truger (2001).

Tabelle 2: Wichtige Posten der deutschen Zahlungsbilanz, 2001–2003 (in Mrd. €)

Position	2001	2002	2003
I. Leistungsbilanz			
1. Außenhandel			
Ausfuhr (fob)	638,3	651,3	661,6
Einfuhr (cif)	542,8	518,5	532,0
Saldo	+ 95,5	+ 132,8	+ 129,6
2. Dienstleistungen (Saldo)	- 50,3	- 36,4	- 34,8
3. Erwerbs- und Vermögenseinkommen (Saldo)	- 10,7	- 16,8	- 12,5
4. Laufende Übertragungen (Saldo)	- 27,4	- 27,9	- 28,8
Saldo der Leistungsbilanz ¹⁾	+ 1,7	+ 45,7	+ 46,8
II. Saldo der Vermögensübertragungen	- 0,4	- 0,2	+ 0,3
III. Kapitalbilanz ²⁾			
Direktinvestitionen	- 17,6	+ 29,1	+ 9,1
Wertpapiere	+ 26,5	+ 43,9	+ 59,0
Finanzderivate	+ 6,8	- 0,9	- 0,5
Kreditverkehr ³⁾	- 42,0	- 140,9	- 122,6
Saldo der Kapitalbilanz	- 26,2	- 68,7	- 55,0
IV. Veränderungen der Währungsreserven zu Transaktionswerten (Zunahme: -) ⁴⁾	+ 6,0	+ 2,1	+ 0,4
V. Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen (Restposten)	+ 18,8	+ 21,2	+ 7,4

1) Enthält auch die Ergänzungen zum Warenverkehr. 2) Netto-Kapitalexport: -
3) einschl. Bundesbank sowie öffentliche und private Kapitalanlagen.
4) Ohne SZR-Zuteilung und bewertungsbedingte Veränderungen.

Quelle: Deutsche Bundesbank (2004)

WSI Hans Böckler
Stiftung

nen und sozialen Sicherungssysteme einen im internationalen Vergleich überdurchschnittlichen oder in der zweiten Hälfte der 90er Jahre ansteigenden Rigiditätsgrad auf. Die deutsche Leistungsschwäche wird vielmehr von einem in Deutschland deutlich restriktiveren makroökonomischen Politik-Mix als in den anderen Ländern verursacht (Hein/Mülhaupt/Truger 2002, Bartsch et al. 2003): Die deutsche Lohnpolitik war seit Mitte der 90er Jahre deutlich zurückhaltender als in den anderen EU-Ländern. Dies bedeutete einerseits eine stärkere Schwächung des privaten Konsums, andererseits ein unterdurchschnittliches Lohnstückkostenwachstum und eine unterdurchschnittliche Inflationsrate. Letztere hatte bei einheitlichen Nominalzinsen im Euroraum seit 1999 höhere Realzinsen in Deutschland und damit höhere reale Kreditkosten für Konsumenten und Investoren zur Folge. Die auch für den einheitlichen Währungsraum zu restriktive Politik der Europäischen Zentralbank wirkte sich so besonders verheerend auf Deutschland aus. Daneben setzte die deutsche Fiskalpolitik stärker als in den anderen europäischen Ländern auf eine – letztlich erfolglose – Haushaltskonsolidierung durch Ausgabenkürzungen, die insbesondere zulasten der öffentlichen Investitionen ging.

Im Gegensatz zu dieser deutschen Erfahrung weisen die Länder, die einen wachstums- und beschäftigungsfreund-

licheren makroökonomischen Politik-Mix gewählt haben, eine Verbesserung ihrer komparativen Leistungsfähigkeit auf. So erfolgte in den USA und Großbritannien fast über den gesamten betrachteten Zeitraum eine Steigerung der Leistungsfähigkeit im Vergleich zur EU-15.³ Hierbei haben die USA ihren Vorsprung weiter ausgebaut und Großbritannien hat den zu Beginn der 90er Jahre vorhandenen Rückstand mittlerweile wettgemacht.

2.2 DIE AUßENWIRTSCHAFTLICHE PERFORMANCE

Trotz einer Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar von 1,02 (\$/€) im Dezember 2002 auf 1,23 (\$/€) im Dezember 2003 war auch im vergangenen Jahr die Wettbewerbsposition der deutschen Wirtschaft auf den internationalen Gütermärkten, die „ability to sell“, ganz ausgezeichnet. Gegenüber dem Vorjahr stiegen die Importe zwar sowohl nominal als auch real etwas stärker als die Exporte, sodass der Außenhandelsüberschuss leicht auf 129,6 Mrd. € zurückging. Er lag damit aber nur 3 Mrd. € unter dem Rekordergebnis von 2002 (Tabelle 2). Gemessen an den Exportüberschüssen war Deutschland 2003 „Exportweltmeister“ (IMF 2004, S. 226). Auch die Leistungsbilanz wies mit 46,8 Mrd. € wieder einen erheblichen und gegenüber 2002 gestiegenen Überschuss auf.

Voraussetzung für den hohen Exportüberschuss war auch 2003 wieder eine überaus zurückhaltende deutsche Lohnentwicklung, gekoppelt mit einem Anziehen der Konjunktur in den Absatzländern bei gleichzeitiger Stagnation in Deutschland. Die nominalen Lohnstückkosten setzten ihre seit Mitte der 90er Jahre im internationalen Vergleich weit unterdurchschnittliche Entwicklung fort (Abbildung 1). Verglichen mit den wichtigsten Industrieländern wurde die deutsche Lohnstückkostenentwicklung nur von der Japans unterboten. Der mit der Lohnzurückhaltung ermöglichte preisliche Wettbewerbsvorteil wurde zwar durch die Euro-Aufwertung für die Exporte in den Dollarraum wieder wettgemacht, verhinderte hier aber einen deutlichen Einbruch der Gewinnmargen. Über 40% der deutschen Exporte waren von der Euro-Aufwertung jedoch nicht betroffen, da sie in den Euroraum gingen. Hier wirkte sich die Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit voll aus, und der Anteil der deutschen Exporte, der in diese Länder ging, stieg entsprechend an, wohingegen der nach Nord-Amerika gehende Anteil wechselkursbedingt zurückging (Institute 2004, S. 248 ff.).⁴

Auch 2003 verhinderten die hohen deutschen Exportüberschüsse einen tiefen Einbruch des realen BIP-Wachstums. Die sehr gute Export-Performance war jedoch auch in diesem Jahr nicht in der Lage, die unzureichende Entwicklung der Binnennachfrage als zentrale Stagnationsursache zu kompensieren. Da die sehr gute Außenhandelsentwicklung wesentlich auf einer übermäßigen Lohnzurückhaltung sowie einer unterdurchschnittlichen inländischen Wachstumsdynamik beruht, muss sie auch als Kehrseite der durch den oben skizzierten restriktiven makroökonomischen Politik-Mix verursachten Stagnation gesehen werden. Eine Fortsetzung dieses Politik-Mixes wird daher auch zukünftig mit erheblichen Exportüberschüssen verbunden sein. Allerdings um den Preis einer weiteren Verlängerung der bisher schon längsten Stagnationsphase in der

³ Zum makroökonomischen Politik-Mix als Begründung für die bessere gesamtwirtschaftliche Performance vgl. für die USA jüngst Fritsche et al. (2004) und für Großbritannien z.B. Volz (2003).

⁴ Die Anteile des Exportes, die nach Ost-Asien sowie Mittel- und Ost-Europa gingen, stiegen ebenfalls leicht an (Institute 2004, S. 250).

Nachkriegsgeschichte der deutschen Wirtschaft.

Beim grenzüberschreitenden Kapitalverkehr war auch 2003 ein weiterer Rückgang der Bruttoströme zu beobachten (Tabelle 3), der auf die im ersten Halbjahr dominierende Verunsicherung international agierender Anleger angesichts bis ins Frühjahr fallender Aktienkurse und weltweiter Deflationsängste zurückzuführen ist (Deutsche Bundesbank 2004). Die Nettoströme weisen jedoch nicht auf eine Verschlechterung der deutschen „ability to attract“ hin: Sowohl bei den Direktinvestitionen als auch im Wertpapierverkehr blieb Deutschland Kapitalimporteur. Dem steht, saldenmechanisch zwecks Ausgleich der Zahlungsbilanz bei überschüssiger Leistungsbilanz zwingend, ein hoher Kapitalexport in Gestalt der Kreditvergabe an das Ausland gegenüber, vorwiegend durch den Geschäftsbankensektor.

Im grenzüberschreitenden Wertpapierverkehr wurden die höchsten Netto-Zuflüsse seit zehn Jahren registriert. Diese speisten sich insbesondere aus einem Überschuss bei den Rentenwerten, der allerdings im Vergleich zum Vorjahr zurückging. Der Netto-Kapitalimport in Gestalt ausländischer Anlagen in inländischen Aktien fällt demgegenüber deutlich geringer aus, nahm gegenüber 2002 jedoch erheblich zu. Diese Verschiebungen zugunsten der Aktien-Anlagen im Inland bringen eine Verbesserung der konjunkturellen Erwartungen der Finanzmarktakteure zum Ausdruck, die sich so auch in wieder steigenden Aktienkursen seit dem Frühjahr 2003 zeigte. Diese durch kurzfristige Erwartungen bestimmte Bewegung hat jedoch bis jetzt nicht auf die eher durch langfristige Erwartungen determinierten Direktinvestitionen durchgeschlagen. Hier hat sich der Kapitalimport-Überschuss im Vergleich zum Vorjahr reduziert, blieb jedoch deutlich positiv.

3 Demographische Entwicklung – ein Problem?

Dass die deutsche Bevölkerung zukünftig schrumpfen und altern wird, ist seit vielen Jahren bekannt. Auf der politischen Ebene werden der demographische Wandel und seine Folgen auch schon seit Anfang der 90er Jahre diskutiert.⁵ In der breiten Öffentlichkeit gewann die Debatte aber erst in

Abb. 1: Nominale Lohnstückkosten in nationaler Währung (1995 = 100)

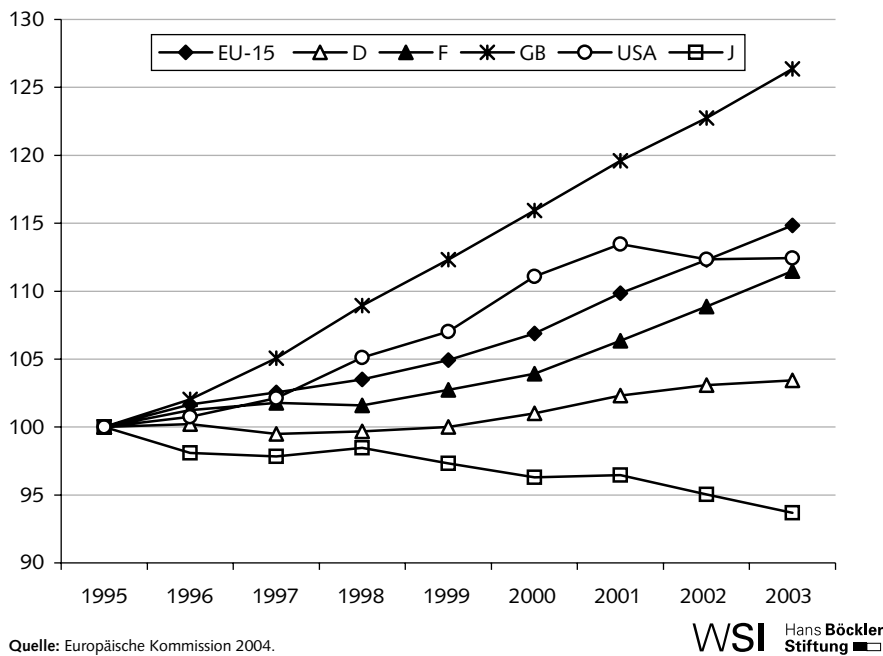


Tabelle 3: Kapitalverkehr (Mrd. €; Netto-Kapitalexport: -)

Position	2001	2002	2003
1. Direktinvestitionen	- 17,6	+ 29,1	+ 9,1
Deutsche Anlagen im Ausland	- 41,2	- 9,2	- 2,3
Ausländische Anlagen im Inland	+ 23,6	+ 38,3	+ 11,4
2. Wertpapiere	+ 26,5	+ 43,9	+ 59,0
Deutsche Anlagen im Ausland	- 124,4	- 65,8	- 32,2
Aktien	- 10,6	- 4,8	+ 7,6
Investmentzertifikate	- 20,2	- 7,0	- 4,3
Rentenwerte	- 95,1	- 49,1	- 37,8
Geldmarktpapiere	+ 1,5	+ 5,0	+ 2,1
Ausländische Anlagen im Inland	+ 150,9	+ 109,8	+ 91,3
Aktien	+ 86,8	+ 15,7	+ 24,2
Investmentzertifikate	+ 1,0	- 0,7	- 1,5
Rentenwerte	+ 80,3	+ 83,5	+ 69,2
Geldmarktpapiere	- 17,2	+ 11,3	- 0,6
3. Finanzderivate ¹⁾	+ 6,8	- 0,9	- 0,5
4. Kreditverkehr	- 40,7	- 139,4	- 120,0
5. Sonstige Kapitalanlagen	- 1,3	- 1,5	- 2,6
6. Saldo aller statistisch erfassten Kapitalbewegungen	- 26,2	- 68,7	- 55,0

1) Verbriefte und nicht verbiefte Optionen sowie Finanztermingeschäfte.
Quelle: Deutsche Bundesbank (2004). WSI Hans Böckler Stiftung

den letzten Jahren an Intensität – leider jedoch nicht an Sachlichkeit. Der demographische Wandel wird in der Regel als großes Problem dargestellt, das sich allenfalls durch tiefe Einschnitte in das soziale Netz bewältigen lasse. Aufgabe des folgenden Abschnittes ist es, die in der Debatte verloren gegangenen Maßstäbe zurechtzurücken und alternative Handlungsoptionen vorzustellen. Im ersten Schritt werden die wichtigsten Annahmen und Ergebnisse der aktuellen Vorausberechnung der weiteren Bevölkerungsentwicklung dargestellt. Anschließend werden die Fakten und Ar-

gumente wiedergegeben, die eine realistische Einschätzung der Dimension des Problems für die Gesellschaft als Ganzes erlauben, drittens wird die Rentenreform-

⁵ 1992 hat der Deutsche Bundestag die erste Enquete-Kommission „Demographischer Wandel – Herausforderung unserer älteren werden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik“ eingesetzt. Zwei weitere Kommissionen folgten. Der Schlussbericht der dritten Kommission wurde Ende März 2002 der Öffentlichkeit vorgestellt (Deutscher Bundestag 2002).

Tabelle 4: Jugend-, Alten- und Gesamtquotient von 2001 bis 2050¹

	2001	2010	2020	2030	2040	2050
Jugendquotient ²⁾	38	33,5	33	35,5	34	34
Altenquotient ³⁾	44	46	55	71	73	78
Gesamtquotient ⁴⁾	82	79,5	87,5	106	106,5	112
Gesamtquotient bei Erreichen der Vollbeschäftigung bis 2010 ⁵⁾	96,5	81	89	108	109	114

1) Ergebnisse der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts, Variante 5 (mittlere Lebenserwartung, mittlerer Wanderungssaldo von mindestens 200.000); Zahlen auf 0,5 gerundet. – 2) So viele unter 20-Jährige kommen auf 100 20- bis unter 60-Jährige. – 3) So viele über 60-Jährige kommen auf 100 20- bis unter 60-Jährige. – 4) So viele unter 20-Jährige sowie über 60-Jährige kommen auf 100 20- bis unter 60-Jährige. – 5) Eigene Berechnung. Prämisse: Vollbeschäftigung herrscht, wenn 98,1 % der Erwerbsfähigen erwerbstätig sind.

Quelle: Statistisches Bundesamt (2003), eigene Berechnungen

WSI Hans Böckler Stiftung

konzeption der Bundesregierung kritisch analysiert. Schließlich werden mögliche Alternativlösungen für die Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung auch im Hinblick auf ihre gesamtwirtschaftlichen Wirkungen überprüft.

3.1 DIE AKTUELLE AMTLICHE BEVÖLKERUNGSVORAUSBERECHNUNG

Die in Demographie-Diskussionen am häufigsten verwendeten statistischen Grundlagen sind die Bevölkerungsvorausberechnungen des Statistischen Bundesamts (Statistisches Bundesamt 2003; Sommer 2003). Die im Folgenden genannten Daten stammen, soweit nicht anders erwähnt, aus dieser Veröffentlichung. Das Amt legt seinen Berechnungen folgende Annahmen zugrunde:

(1) Die gesamtdeutsche Geburtenziffer, d.h. die Anzahl der Kinder je Frau, wird von 1,35 (2001) bis zum Jahr 2010 auf 1,4 ansteigen und danach konstant bleiben. Zur Konstanzhaltung der Bevölkerungszahl wäre eine Geburtenziffer von 2,1 erforderlich.

(2) Die Lebenserwartung wird weiter steigen. Nach der mittleren von drei Varianten hat ein im Jahr 2050 neugeborener Junge (Mädchen) eine Lebenserwartung von 81 (86,5) Jahren, das sind 6 (5,5) Jahre mehr als bei heute geborenen Kindern. Gleichzeitig nimmt die fernere Lebenserwartung zu: Ein heute 60-jähriger Mann lebt im Durchschnitt noch gut 19 Jahre, im Jahr 2050 wird er noch fast 24 Jahre vor sich haben. Bei einer Frau steigt die entsprechende fernere Lebenserwartung von heute 23,5 Jahren auf dann über 28 Jahre.

(3) Deutlich schwieriger ist die Setzung einer plausiblen Annahme für die Entwick-

lung des langfristigen Wanderungssaldos. Auch hier rechnet das Amt mit 3 Varianten (+100.000, +200.000 und +300.000).

Unter diesen zentralen Annahmen errechnet das Statistische Bundesamt die Entwicklung der Bevölkerungszahl und die Verschiebungen im Altersaufbau in Dekadenstufen bis zum Jahr 2050 für die neun Varianten, die sich aus der Kombination der Annahmen ergeben. Am gebräuchlichsten ist die Variante 5, die so genannte mittlere Variante. Ihr liegen neben der Annahme 1 die jeweils mittleren Varianten der unter 2 und 3 genannten Annahmen zugrunde. Nachfolgend die wichtigsten Ergebnisse:

(1) Die Bevölkerung wird von knapp 82,5 Mio. (2001) bis zum Jahr 2050 auf gut 75,1 Mio. schrumpfen. Die Zuwanderung kann das Geburtendefizit nicht ausgleichen sondern nur mindern.

(2) Der Anteil der unter 20-Jährigen an der Gesamtbevölkerung wird von 21 % (2001) auf 16 % (2050) zurückgehen. Im gleichen Zeitraum nimmt der Anteil der mindestens 60-Jährigen von 24 % auf fast 37 % zu. Das Medianalter steigt von jetzt 40,5 Jahren auf über 48 Jahre.

(3) Eine besondere Rolle in der sozialpolitischen Diskussion spielt die Entwicklung des Altenquotienten, d.h. die Relation der altersbedingt aus dem Erwerbsleben Ausgeschiedenen (hier: der mindestens 60-Jährigen) zu den Erwerbsfähigen (hier: der 20- bis unter 60-Jährigen).⁶ Er wird von 44 (2001) auf 78 (2050) ansteigen, wie *Tabelle 4* zeigt.

3.2 WIRD DIE GESELLSCHAFT DURCH DEN DEMOGRAPHISCHEN WANDEL ÜBERFORDERT?

Die oben genannten Zahlen lesen sich dramatisch. Insbesondere der Anstieg des Altenquotienten erscheint geeignet, die Leistungsfähigkeit der Gesellschaft in absehbarer Zeit übermäßig zu strapazieren. Aber die bisher referierten Daten zeichnen ein höchst unvollständiges Bild und vermitteln dadurch einen falschen Eindruck von der Belastung, die durch die demographische Entwicklung verursacht wird.⁷

Die Konzentration auf den Altenquotienten ist einseitig, da die Erwerbstätigen einer Gesellschaft nicht nur die aus dem Erwerbsleben ausgeschiedenen Alten sondern auch die noch nicht in das Erwerbsleben eingetretenen Jungen zu versorgen haben. Beurteilungskriterium muss deshalb die Entwicklung des Gesamtquotienten (Summe aus Alten- und Jugendquotient) sein (*Tabelle 4*).⁸ 2001 lag der Gesamtquotient bei 82; 2050 wird er 112 betragen. Die Belastung der Gesellschaft durch den demographischen Wandel entwickelt sich also schon weniger dramatisch als die Fixierung auf den Altenquotienten suggeriert.

Aber auch der Anstieg des Gesamtquotienten überzeichnet die Zunahme der Versorgungsaufgabe, die in den nächsten Jahrzehnten auf die Gesellschaft zukommt. Die Erwerbsfähigen, mit denen die amtlichen Statistiker rechnen, stehen für das Erwerbspersonenpotenzial, d.h. für den Teil der Bevölkerung, der maximal für eine Erwerbstätigkeit zur Verfügung steht.⁹ Aber Deutschland ist seit Jahren von der Ausschöpfung dieses Potenzials weit entfernt.

6 Aus Gründen der Zahlenkongruenz wird unterstellt, dass sich die Erwerbsfähigen vollständig aus der Altersgruppe der 20- bis 60-Jährigen rekrutieren. Das kommt der Realität so nahe, dass die Differenzen nach oben und unten vernachlässigt werden können.

7 Ähnlich argumentieren *Bosbach* (2004) und *Reuter* (2004).

8 Obwohl das Statistische Bundesamt neben dem Altenquotienten auch den Jugend- und den Gesamtquotienten ausweist, ist die Debatte einseitig auf die Entwicklung des Altenquotienten fokussiert.

9 Das Erwerbspersonenpotenzial verändert sich nur, wenn sich die Ausgangsannahmen (Geburtenziffer, Lebenserwartung, Zuwanderung), die gesetzlichen Vorschriften z.B. über die Länge der Bildungs- und Ausbildungszeiten und/oder über das Renteneintrittsalter ändern.

Die anhaltende Massenarbeitslosigkeit hat die Zahl der Arbeitslosen und die Stille Reserve stark steigen lassen. Auch die Zahl der Frühverrentungen hat deutlich zugenommen. Die Versorgungsleistung der Gesellschaft ist deshalb heute sehr viel größer als sie bei Vollausslastung des Potenzials bzw. bei einem höheren faktischen Renteneintrittsalter wäre.

Das soll im Folgenden an den Beispielen erstens der Wiederherstellung der Vollbeschäftigung und zweitens der Erhöhung des faktischen Renteneintrittsalters gezeigt werden. Ende 2001 waren von den 45,3 Mio. erwerbsfähigen Personen lediglich 38,9 Mio. erwerbstätig. Bezieht man die Zahl der Jungen und Alten auf die Erwerbstätigenzahl, ergibt sich mit 96,5 ein deutlich höherer Gesamtquotient als in der obigen Rechnung (Tabelle 4). Allerdings werden auch künftig nicht alle erwerbsfähigen Personen auch erwerbstätig sein. Folgt man den Zahlen des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung, so sind zurzeit knapp 2 % des Erwerbspersonenpotenzials schwer aktivierbar (Bach/Spitznagel 2003). Wird unterstellt, dies gelte auch in den kommenden Jahrzehnten, und wird angenommen, die so definierte Vollbeschäftigung würde bis 2010 erreicht und bliebe bis 2050 erhalten, so erhält man das in Tabelle 4 gezeigte Bild: Im Jahr 2001 standen 100 Erwerbstätigen insgesamt 96,5 Junge und Alte gegenüber, die zu versorgen waren. Unter der Annahme, dass ab 2010 Vollbeschäftigung herrscht, verbessert sich der Gesamtquotient auf 81 (2010) und 89 (2020). Erst Mitte der 2020er Jahre wird wieder das Verhältnis des Ausgangsjahres erreicht. In den fünf Jahren danach tritt eine sprunghafte Verschlechterung auf 108 ein. In den 2030er Jahren bleibt das Verhältnis praktisch konstant, und von 2040 bis 2050 ergibt sich wieder eine leichte Verschlechterung.

Eine noch deutlichere Entlastung als durch die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung errechnet sich bei einem Anstieg des Renteneintrittsalters. Das durchschnittliche Renteneintrittsalter liegt zurzeit bei 60,2 Jahren (Rürup-Kommission 2003, S. 58). Zu dem frühen Austritt aus dem Arbeitsmarkt tragen insbesondere die Frühverrentungsstrategien der Unternehmen bei, die auch auf diese Weise die Kosten der Unterauslastung ihrer Kapazitäten externalisieren. Bei einem spürbaren Rückgang der Arbeitslosigkeit und einer demographiebedingt stärkeren Nutzung des

heimischen Erwerbspersonenpotenzials dürfte das tatsächliche Renteneintrittsalter künftig steigen. Die bereits in den 90er Jahren beschlossenen Anhebungen der Altersgrenzen für den Beginn des Rentenbezugs wirken ebenfalls in diese Richtung.

Wird unterstellt, dass das faktische Eintrittsalter bis 2050 auf das formelle von 65 Jahren ansteigt, nimmt der entsprechend modifizierte Altenquotient nach Berechnung des Statistischen Bundesamts nur noch von 44 im Jahr 2001 auf lediglich 54,5 im Jahr 2050 zu. Der Gesamtquotient stiege nur noch von 82 (2001) auf gut 84 (2050). Gelingt es also, Vollbeschäftigung im oben genannten Sinne herzustellen und das faktische Renteneintrittsalter auf 65 Jahre zu erhöhen, dann ergeben sich durch den demographischen Wandel kaum merkliche zusätzliche Belastungen für die Gesellschaft.

Der oben in verschiedenen Varianten errechnete Anstieg des Alten- und des Gesamtquotienten vollzieht sich zudem in einer wachsenden Wirtschaft. Um das Ausmaß der mit dem demographischen Wandel einhergehenden Belastung für die Gesellschaft abschätzen zu können, ist es daher notwendig, eine Annahme über das Wachstum der Arbeitsproduktivität (BIP je Erwerbstätigen) zu machen. Seine Schätzung über einen so langen Zeitraum ist schwierig. Prognos (2002, S. 71) unterstellt bis zum Jahr 2010 ein jahresdurchschnittliches Wachstum von 1,8 % und danach bis 2020 von 1,9 %. Die Rürup-Kommission (2003, S. 62) rechnet über den gesamten Projektionszeitraum mit einem Wachstum von durchschnittlich 1,8 % jährlich. Die Herzog-Kommission (2003, S. 14 und S. 66) geht nur von 1,25 % aus, hält dies aber selbst für eine „eher vorsichtige Annahme“.

Unterstellen wir im Folgenden einen Produktivitätsanstieg von 1,5 % pro Jahr, was noch unter dem Durchschnitt der oben genannten Gutachter-Annahmen liegt, dann würde jeder Erwerbstätige im Jahr 2050 real doppelt soviel produzieren wie 2003. Bei Erreichen der Vollbeschäftigung im oben definierten Sinn wüchse das reale BIP von heute 1.988 Mrd. € auf 3.640 Mrd. € im Jahr 2050. Das Realeinkommen pro Kopf verdoppelte sich von heute rund 24.000 € auf über 48.000 € im Jahr 2050.

Insgesamt kann also von einer Überforderung der Gesellschaft durch den demographischen Wandel keine Rede sein: Die Zunahme der Zahl der altersbedingt

während der nächsten 47 Jahre aus dem Arbeitsmarkt ausscheidenden Personen (+30 %), wird zu einem großen Teil durch den Rückgang der Zahl der ebenfalls zu versorgenden Jungen (-22 %) kompensiert. Gelingt es zudem, Vollbeschäftigung und ein effektives Renteneintrittsalter von 65 Jahren herzustellen, so ergibt sich kaum eine zusätzliche Versorgungsbelastung für die Gesellschaft. Selbst wenn Letzteres nicht erfolgen sollte, so wird die über den Gesamtzeitraum bis 2050 entstehende Mehrbelastung bei weitem durch das Wachstum der Arbeitsproduktivität (auch bei vorsichtiger Annahme) überkompensiert: Die Arbeitsproduktivität steigt um 100 %, wohingegen der Altenquotient nur um 77 % und der Gesamtquotient nur um 37 % ansteigt. Die Versorgungsleistungen können also aus dem Produktivitätswachstum bestritten werden, ohne dass die zu Versorgenden oder die Erwerbstätigen den Gürtel enger schnallen müssen. Die Produktivitätszuwächse werden jedoch zu einem Teil darauf verwendet werden müssen, die zusätzlich zu Versorgenden zu unterhalten. Dieser Teil steht daher nicht zur Verteilung auf die Erwerbstätigen und die bereits zu Versorgenden zur Verfügung.

3.3 DEMOGRAPHISCHER WANDEL UND DIE FINANZIERUNG DER GESETZLICHEN RENTENVERSICHERUNG

Die Aussage, dass die demographische Entwicklung die Gesellschaft als Ganzes allenfalls marginal belasten wird, gilt nicht für die umlagefinanzierte gesetzliche Rentenversicherung (GRV), solange man wie die Bundesregierung und die Oppositionsparteien davon ausgeht, dass ihre Einnahmen und Ausgaben – abgesehen von kurzfristigen Bewegungen der Schwankungs- bzw. Nachhaltigkeitsrücklage – ausgeglichen sein sollen, sowie dass der Kreis der Beitragspflichtigen auf die jetzigen Beitragszahler begrenzt bleiben soll. Selbst bei günstiger Entwicklung, d.h. Vollbeschäftigung und Erhöhung des effektiven Renteneintrittsalters auf 65 Jahre, muss dann der resultierende Anstieg des Altenquotienten von 44 im Jahr 2001 auf 54,5 im Jahr 2050 im Rahmen des bestehenden Systems bewältigt werden. Unterwirft sich die Politik o.g. Prämissen, so ist damit zwingend entweder eine deutliche Erhöhung des Beitragssatzes zur GRV oder aber eine Reduktion des relativen (nicht des absoluten)

Versorgungsniveaus der Rentner verbunden.

Für den Finanzstatus der GRV ist die Entwicklung der Rentenzahlungen einerseits und des Aufkommens aus den Beiträgen andererseits entscheidend. Ihre gegenseitige Abhängigkeit lässt sich durch die Rentenformel in ihrer einfachsten Form verdeutlichen:

$$(1) \quad bE = rR.$$

Das Beitragsaufkommen ist das Produkt aus dem Beitragssatz b und der Summe der beitragspflichtigen Entgelte E . Die Summe der Rentenzahlungen besteht aus der Durchschnittsrente r multipliziert mit der Zahl der Rentner R . Da die Summe der versicherungspflichtigen Entgelte dem Produkt aus der Anzahl der Beitragszahler B und dem Durchschnittseinkommen e entspricht, lässt sich auch schreiben:

$$(2) \quad beB = rR$$

bzw.

$$(3) \quad b = \frac{r}{e} \frac{R}{B}$$

Der Beitragssatz b ist gleich dem Produkt aus dem Verhältnis der Durchschnittsrente zum Durchschnittseinkommen, dem Rentenniveau, und dem Verhältnis der Zahl der Rentner zur Zahl der Beitragszahler, dem Rentnerquotienten. An dieser einfachen Formel lässt sich die „Mechanik“ demonstrieren, die zwischen den Variablen herrscht: Der Beitragssatz b muss steigen, wenn bei Konstanz des Rentenniveaus der Rentnerquotient zunimmt, und das Rentenniveau muss sinken, wenn bei steigendem Rentnerquotienten der Beitragssatz festgeschrieben wird.

Finanzprobleme hat es in der GRV immer wieder gegeben, und die Bundesregierungen haben vielfältige Maßnahmen beschlossen, um den Ausgabenanstieg zu dämpfen. Eine detaillierte Geschichte der Rentenanpassungen findet sich bei *Steffens* (2002). Als besondere Etappen seien hier nur die Umstellungen von der bruttolohn- auf die nettolohnbezogene (1992) und für ein Jahr (2000) auf eine inflationsorientierte Rentenanpassung genannt. Das Rentenniveau des Standardrentners ist gleichwohl nicht systematisch abgesenkt worden. Es bewegte sich in den letzten Jahrzehnten brutto um rund 49–50 % und netto um rund 69–70 %.¹⁰ Die Deckungslücken wur-

den weitgehend über die Einnahmenseite durch Erhöhungen des Beitragssatzes¹¹ und des Bundeszuschusses geschlossen. In Deutschland wurde also überwiegend eine „rentenniveauorientierte Politik“ (SVR 2003, S. 226) betrieben.

Das änderte sich mit der Rentenreform von 2001 (Riester-Reform) grundlegend. Unter dem Eindruck des absehbaren demographischen Wandels, der stagnierenden Wirtschaft mit der Folge steigender Arbeitslosigkeit und anhaltend hoher Defizite in den Haushalten der Gebietskörperschaften, in Verbindung mit dem Diktat des Stabilitätspakts, sowie getragen von der Überzeugung, dass die Belastung der Arbeitgeber durch einen Anstieg der Beitragssätze die wirtschaftlichen Auftriebskräfte lähme, formulierte die Bundesregierung als Zielvorgabe erstmals ausdrücklich eine Begrenzung des Anstiegs beim Beitragssatz zur Rentenversicherung bis zum Jahr 2020 auf unter 20 % und trotz der abzusehenden demographischen Entwicklung bis zum Jahr 2030 auf nicht über 22 %.

Damit war der Schwenk von der Niveauorientierung hin zu einer Beitrags- oder Einnahmenorientierung in der Alterssicherungspolitik vollzogen. Die – wie ein Blick auf die obige Formel zeigt – unvermeidliche Konsequenz ist eine Absenkung des Rentenniveaus. Um sie abzumildern, hat die Bundesregierung als dritte Säule der Alterssicherung den subventionierten Aufbau einer privaten Altersvorsorge beschlossen. Zur Dämpfung der Rentenanpassung wurde das Anpassungsverfahren modifiziert. Der Anstieg der Renten berechnet sich nun nach der um die Änderung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung und um den Anstieg des jeweils maximal geförderten Altersvorsorgeanteils (Riester-Treppe) verminderten Zunahme der Brutto- und -gehaltssumme (BLGS) je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer (nach VGR).

Die mit dieser Reform verbundene Absenkung des Rentenniveaus ist beträchtlich. Das Bruttoniveau geht von 48 % auf 41,9 % im Jahr 2030 zurück, und das Nettoneiveau sinkt von 70 % bis auf rund 64 % im Jahr 2030 (ohne Berücksichtigung des senkenden Effekts, den das Ansparen für die neu eingeführte private Altersvorsorge auf die Entwicklung des Nettolohnes hat) bzw. bis auf 68 % (unter Berücksichtigung des nettolohnsenkenden Anspareffekts) (Rürup-Kommission 2003, S. 66 und SVR 2001, S. 145). Damit entfernte sich die Al-

terssicherungspolitik nicht nur von ihrem Ziel, für langjährige Versicherte das frühere Lebenshaltungsniveau zu sichern (Lebensstandardsicherung), sondern riskierte auch den Konflikt mit der Niveausicherungsklausel, die den Gesetzgeber zum Handeln auffordert, sobald sich eine nachhaltige Unterschreitung des Niveaus von 67 % abzeichnet. Rein rechnerisch würde dieser Wert durch die Reform zunächst zwar nicht tangiert, aber es war damals schon erkennbar, dass er beim absehbaren Übergang zur nachgelagerten Besteuerung der Renten nicht zu halten sein würde (SVR 2001, S. 146).

Noch im Frühjahr 2002 feierte die Bundesregierung die Rentenreform 2001 als Erfolg, da es gelungen sei, „sowohl sozial- als auch finanzpolitischen Anliegen Rechnung zu tragen und auf diese Weise die Alterssicherung in Deutschland auf eine langfristig sichere, angemessene und bezahlbare Grundlage zu stellen“ (Bundesregierung 2002). Bereits wenige Monate später zeichnete sich ab, dass vor allem wegen der schwachen Entwicklung des Beitragsaufkommens der Beitragssatz 2004 auf über 20 % angehoben werden müsste, womit der angestrebte Höchstwert überschritten worden wäre. Im November 2002 richtete die Gesundheitsministerin die Rürup-Kommission ein. Im Oktober 2003 beschloss das Bundeskabinett in einer Art Notoperation eine Reihe von kurzfristig wirkenden Sparmaßnahmen (Nullrunde für Rentner in 2004, volle Übernahme des Pflegeversicherungsbeitrags durch die Rentner, weitere Reduzierung der Schwankungsreserve, Verschiebung der Rentenauszahlung für Neurentner auf das Monatsende), um den Beitragssatz auf 19,5 % halten zu können, sowie als Herzstück der längerfristig wirkenden Maßnahmen die Ergänzung der Riesterschen Rentenformel um den so genannten Nachhaltigkeitsfaktor, der bei der Anpassung der Renten die Veränderung der Relation von Rentenempfängern und Beitragszahlern berücksichtigt. Darüber hinaus wurde die BLGS als Bemessungsgrundlage ersetzt durch die in den letzten Jahren schwächer gestiegene beitragspflichtige Brutto- und -gehaltssumme.

¹⁰ 2003 lag das Bruttoniveau allerdings bereits bei 48 %; das Nettoneiveau noch bei 69,9 %.

¹¹ Er ist von 14 % (1957) auf einen Höchststand von 20,3 % (1997 und 1998) gestiegen.

Die unvermeidliche und gewollte Folge der Anwendung der neuen Rentenformel ist eine weitere Absenkung des Rentenniveaus. Die gegenüber der Riester-Reform zusätzliche Absenkung des Bruttorentenniveaus wird auf 1,8 %-Punkte (Rürup-Kommission) bis 2,3 %-Punkte (SVR 2003, S. 227) geschätzt. Die Bundesregierung hat in ihren Gesetzentwurf mittlerweile eine Niveausicherungsklausel aufgenommen. Dadurch wird die jeweilige Bundesregierung nun verpflichtet, dem Gesetzgeber geeignete Maßnahmen vorzuschlagen, die das Unterschreiten eines Rentenniveaus vor Steuern von 46 % (heute 53 %) unter Wahrung der Beitragsstabilität verhindern. Das Dilemma des gegenwärtigen Systems, zwischen Beitragssatzstabilisierung einerseits und Rentenniveaustabilisierung andererseits entscheiden zu müssen, wird also in den Gesetzestext eingehen, ist damit aber keineswegs gelöst.

Insgesamt kann man festhalten: Bei nüchterner und umfassender Betrachtung der zu erwartenden demographischen Entwicklung stellt sich keineswegs ein Problem der Überforderung der erwerbstätigen Bevölkerung durch die Versorgung der Nicht-Erwerbstätigen. Gelingt es, das Erwerbspersonenpotenzial der 20–65-Jährigen stärker zu aktivieren, indem die Arbeitslosigkeit abgebaut wird und das tatsächliche Renteneintrittsalter auf 65 Jahre gesteigert wird, so ergeben sich nur unwesentliche zusätzliche Versorgungslasten. Selbst wenn das tatsächliche Renteneintrittsalter gegenüber dem gegenwärtigen Niveau nicht gesteigert werden kann, können die mit dem Anstieg des Gesamtquotienten verbundenen zusätzlichen Versorgungslasten ohne weiteres aus dem bei vorsichtigen Schätzungen zu erwartenden Produktivitätswachstum gedeckt werden. Probleme ergeben sich jedoch für die gesetzliche Rentenversicherung, solange diese wie bisher im Wesentlichen aus lohnbezogenen Beiträgen finanziert wird. Da auch bei günstiger Entwicklung im Hinblick auf die Erwerbstätigkeit ein Anstieg des Altenquotienten unterstellt werden muss, bedeutet eine Aufrechterhaltung des Rentenniveaus einen entsprechenden Anstieg der Beitragssätze. Dieser wird umso größer sein, je weniger es gelingt, die hohe Arbeitslosigkeit rasch abzubauen und das effektive Renteneintrittsalter zu steigern. Der Druck in Richtung höherer Beitragssätze wird zudem umso stärker sein, je weniger die Lohnneinkommen am Produktivitätswach-

tum partizipieren. Setzt sich der seit Anfang der 80er Jahre dominierende Trend einer fallenden Lohnquote fort, dann wird davon ein zusätzlicher Druck auf die Beitragssätze zur GRV aber auch zu den anderen lohneinkommensbasierten Sozialversicherungen ausgehen.

4 Umfinanzierungsalternativen für die sozialen Sicherungssysteme

Die für die Zukunft der Finanzierung der sozialen Sicherung zentrale Frage besteht offenbar darin, ob langfristig weiter steigende Beitragssätze unproblematisch sind, oder ob sie, wie in der gegenwärtig dominierenden Debatte um die Lohnnebenkosten unterstellt, ein gravierendes Problem für Wachstum und Beschäftigung darstellen, sodass man nach anderen Finanzierungsmöglichkeiten suchen müsste.

Nun ist ein durch steigende Beitragssätze zu den Sozialversicherungen verursachter Anstieg der Lohnnebenkosten kein Problem für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Das Wachstum der Lohnstückkosten, in denen die Lohnnebenkosten enthalten sind, ist in Deutschland seit Mitte der 90er Jahre, wie oben gezeigt, weit unterdurchschnittlich und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist ganz ausgezeichnet. Auf diesem Wege tragen hohe Lohnnebenkosten also keineswegs zum deutschen Beschäftigungsproblem bei.

Auch von einem durch hohe Lohnnebenkosten verursachten beschäftigungsfeindlichen Lohndruck kann in Deutschland keine Rede sein. Tatsächlich ist die bei oberflächlicher mikroökonomischer Betrachtung scheinbar so klare Aussage, die lohnnebenkosteninduzierte „Verteuerung des Faktors Arbeit“ führe zwingend zu weniger Beschäftigung, aus makroökonomischer Sicht weder theoretisch noch empirisch leicht zu belegen: Zwar mag sich aus den neu-keynesianischen Mainstream-Modellen (Hein/Heise/Truger 2003) durch steigende Beitragssätze zu den Sozialversicherungen und den damit verbundenen Anstieg der Lohnnebenkosten („Steuer- und Abgabenkeil“) ein erhöhter Lohndruck und damit Arbeitslosigkeit herleiten

lassen (Landmann/Jerger 1999, S. 121 ff.). Das zentrale Problem einer solchen Sichtweise liegt jedoch darin, dass der postulierte Lohndruck sich in Deutschland trotz gestiegener Beitragssätze über die 90er Jahre empirisch ganz einfach nicht feststellen lässt: Das im internationalen Vergleich weit unterdurchschnittliche Lohnstückkostenwachstum beruht nämlich nicht auf einem weit überdurchschnittlichen Produktivitätswachstum, sondern auf einer unterdurchschnittlichen Nominallohnentwicklung, die das Land mittlerweile an den Rand der Deflation bugsiert hat (Hein/Schulzen/Truger 2004).

Selbst wenn man trotzdem an der „Steuerkeil“-Sichtweise festhält, ist es ein weit verbreitetes empirisches Resultat gängiger Arbeitsmarktmodelle, dass es für einen ggf. existierenden Lohndruck unerheblich ist, zu welchem Anteil die Vorsorgeaufwendungen der abhängig Beschäftigten über gesetzliche Sozialversicherungen oder über Steuern finanziert werden, d.h. woraus genau sich der „Steuerkeil“ zusammensetzt (Nickell 1997; Blanchard/Wolfers 2000). Auch aus kreislauftheoretischer Sicht sind negative Wachstums- und Beschäftigungseffekte nicht unmittelbar einleuchtend: Zwar mindern die Sozialbeiträge einerseits das verfügbare Einkommen der beitragspflichtigen Haushalte und stellen einen Kostenfaktor für die Unternehmen dar. Andererseits wird das erzielte Beitragsaufkommen jedoch entweder direkt für staatliche Käufe von Gütern und Dienstleistungen eingesetzt oder wird als Transferzahlung an Haushalte mit tendenziell hoher Konsumneigung größtenteils wieder nachfragewirksam.

Insgesamt kann man daher zu Recht ganz grundsätzlich die Frage stellen, ob durch eine Umfinanzierung der sozialen Sicherungssysteme mit dem Ziel der Lohnnebenkostensenkung beschäftigungspolitisch überhaupt etwas gewonnen werden kann. Dieser Frage wollen wir im Folgenden etwas ausführlicher mittels makroökonomischer Simulationen nachgehen.

Für Deutschland gibt es seit Mitte der 90er Jahre bereits zahlreiche Simulationsstudien, die sich ebenfalls mit den Beschäftigungswirkungen der stärkeren Steuerfinanzierung der sozialen Sicherung zwecks Senkung der Lohnnebenkosten auseinandergesetzt haben. Für die ökologische Steuerreform, in der Ausgestaltung einer Erhöhung der Energiebesteuerung bei gleichzeitiger aufkommensneutraler Senkung

der Sozialversicherungsbeiträge kommen Bach et al (1995) und DIW/FiFo (1999) je nach Annahmen zu teilweise deutlich positiven Beschäftigungseffekten zwischen 140.000 und 600.000 Arbeitsplätzen. Andere Studien und Autoren sehen die Beschäftigungseffekte teilweise deutlich kritischer (Arndt et al. 1998, 219ff.; RWI 1996). Für die Variante einer Erhöhung der Umsatzsteuer zur Senkung der Sozialversicherungsbeiträge kommen verschiedene empirische Simulationsstudien zu insgesamt positiven beschäftigungspolitischen Wirkungen (Meinhardt/Zwiener 1997). Jedoch sind die Effekte eher mäßig. Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um einen Prozentpunkt und eine entsprechende aufkommensneutrale Senkung der Sozialversicherungsbeiträge dürfte im Durchschnitt nach einigen Jahren zu einer Erhöhung der Beschäftigtenzahl um mehrere zehntausend führen. In einigen Studien fallen die Effekte etwas höher aus (Bartsch 1996; Meinhardt/Zwiener 1997; Vogler-Ludwig 1996), in anderen dagegen, zudem teilweise nur kurzfristig und vorübergehend, etwas niedriger oder sind sogar negativ (Dreger 1996; Zika 1997; Eckerle/Weidig/Wolf 1995; Steiner 1996).

Vor diesem Hintergrund verfolgen wir mit unseren Simulationen vor allem zwei zusätzliche Ziele. Erstens wollen wir versuchen, die makroökonomischen Mechanismen herauszuarbeiten, die hinter den Beschäftigungswirkungen verschiedener Umfinanzierungsalternativen stehen. Zweitens wollen wir nicht nur die unter Gerechtigkeitsaspekten tendenziell problematische Umfinanzierung über indirekte Steuern analysieren, sondern auch direkte Steuern einbeziehen.

Wir konzentrieren uns dabei auf eine Umfinanzierung der versicherungsfremden Leistungen innerhalb der Sozialversicherungen (SFL) über Steuern und betrachten als konkrete Umfinanzierungsalternativen eine Erhöhung der Umsatzsteuer, der Ökosteuern und der gewinn- und vermögensbezogenen Steuern. Weitergehende und ebenfalls sinnvolle Reformen, wie etwa den Übergang zur „Bürgerversicherung“ betrachten wir ebenso wenig wie die Einführung eines Freibetrags zur Sozialversicherung (Kaltenborn et al. 2003). Ersterer würde sehr spezifische Festlegungen erfordern, die den Rahmen des vorliegenden Standortberichtes sprengen würden. Letzterer ist in der erforderlichen Detaillierung nur schwer im Rahmen des

makroökonomischen Modells abbildbar.

Der Begriff der SFL ist nicht allgemeinverbindlich definiert. Die Bandbreite der quantitativen Schätzungen reichte für das Jahr 1995 je nach Abgrenzung der Leistungen an Nichtbeitragszahler, die als nicht aufgabenadäquat betrachtet werden, von 68 Mrd. DM bis 143 Mrd. DM (Meinhardt/Zwiener 1997). Der Mittelwert beider Größen (54 Mrd. € in 1995) wurde mit der Entwicklung des Konsumentenpreisdeflators fortgeschrieben.¹²

Die Simulationen wurden mit einer aktualisierten und im Bereich der Abbildung des Sozialsystems deutlich ausdifferenzierten Version des makroökonomischen Deutschlandmodells LAPROSIM¹³ durchgeführt. Das Modell erlaubt Prognosen der Einnahmen und Ausgaben der einzelnen Sozialversicherungszweige und der jeweiligen Beitragssätze. Zusätzlich lässt sich die Entwicklung der Sozialhilfeausgaben und der sonstigen Sozialausgaben abschätzen. Besonderer Wert wurde aufgrund des langen Ex-Ante-Prognosezeitraums von 16 Jahren (2005–2020) auf die Verbesserung der Langfristprognoseeigenschaften gelegt. Der Simulationshorizont von 2020 liegt für ein Modell mit einem Stützzeitraum von etwa 32 Jahren jedoch noch im Bereich von „good practice“.

4.1 REFERENZSZENARIO UND UMFINANZIERUNGSSZENARIO

In das Referenzszenario gehen neben den derzeit absehbaren Grundlinien der Entwicklung zentraler weltwirtschaftlicher und demographischer Parameter vor allem die Kernelemente der aktuellen, sowie der vermuteten langfristigen wirtschafts- und finanzpolitischen Beschlusslage ein.

Sowohl die Bevölkerungsentwicklung als auch die Entwicklung des Erwerbersonnenpotenzials (OECD-Abgrenzung; Alter von 15 bis 64) folgen den Ergebnissen der mittleren Variante der 9. Koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung des Statistischen Bundesamtes.¹⁴

Bezüglich der Welthandelsentwicklung wird der in den letzten Jahren leicht gestiegene langfristige jährliche Wachstumstrend des Welthandelsvolumens von etwa 6 % fortgeschrieben. Es wird langfristig von einer allmählichen Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar ausgegangen. Außerdem wird ein langfristiger Anstieg des Rohölpreises angenommen, da von

einer erheblichen Rohölmehrnachfrage seitens der rasch wachsenden „Emerging Markets“ auszugehen ist, und zudem die Quellen mehrerer Nicht-OPEC-Staaten an Ergiebigkeit verlieren werden.

Bezüglich der wirtschafts- und finanzpolitischen Annahmen bildet das Referenzszenario kurz- und mittelfristig die Kernelemente der „Agenda 2010“ ab.¹⁵ Langfristig werden bezüglich zentraler Größen wie der Steuer- und Sozialpolitik die beobachtbaren Politiktrends fortgeschrieben. Konkret wurde eine weitere Senkung der Grenzsteuersätze der Einkommensteuer unterstellt. Die damit verbundenen Entlastungen werden durch fortlaufende Einsparungen im Sozialhaushalt und im Haushalt der Gebietskörperschaften gegen finanziert. Mehraufwendungen im Bereich der sozialen Sicherungssysteme infolge steigender Arbeitslosigkeit und höheren Durchschnittsalters werden über höhere Sozialbeiträge und/oder Individualisierung der Lasten in vollem Umfang auf die Sozialversicherungspflichtigen überwältigt. Die langfristige Entwicklung des Staatsverbrauchs wird wesentlich durch die Beschäftigungspolitik der öffentlichen Arbeitgeber geprägt. Die Entwicklung der Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst folgt dem seit 1991 beobachtbaren nichtlinearen Trend. Dies beinhaltet eine durchschnittliche jährliche Abnahme der öffentlichen Beschäftigung von 1,2 % im Zeitraum 2005/10 und von 0,4 % im Zeitraum 2011/20.

Die für die Referenzlösung relevanten zentralen exogenen und endogenen Modellgrößen lauten wie folgt: Die mittel- und langfristige Beibehaltung des aktuell vorherrschenden Politikmusters erzeugt eine Kombination aus den konsumdämpfenden Einkommensverlusten bei Bevölkerungsgruppen mit niedrigem und mittlerem Einkommen und einem restriktiven Kurs bei den Staatsausgaben, wodurch sich

¹² Für 2002 ergibt sich ein Betrag von 59,6 Mrd. €, also etwa 7 Beitragssatzpunkte. Meinhardt (2004) rechnet sogar mit 90,2 Mrd. € bzw. rund 10 Beitragssatzpunkten.

¹³ LangfristPROgnose- und SIMulationsmodell. Zur Modellstruktur vgl. Bartsch (2002).

¹⁴ Die Unterschiede zur mittlerweile vorliegenden mittleren Variante der 10. Vorausschätzung (Statistisches Bundesamt 2003) sind relativ klein, sodass die Ergebnisse der Simulationen kaum berührt werden.

¹⁵ Vgl. Bartsch et al. (2003), S. 707 f. Die Änderungen seit Dezember 2003 wurden berücksichtigt.

die gesamtwirtschaftliche Performance weiter verschlechtert.¹⁶ Darüber hinaus kommt es trotz der Sparmaßnahmen im Sozialsystem beim prognostizierten schwachen Wirtschaftswachstum zu einem allmählichen Anstieg des aggregierten Sozialversicherungssatzes, solange das gegebene System in seinen Grundzügen beibehalten wird. Zwar verhindert die Einführung der „Rürup-Formel“ ab 2005 nennenswerte Erhöhungen des Rentenversicherungssatzes. Die Beiträge zur Arbeitslosen-, Kranken- und Pflegeversicherung dürften jedoch auch unter Berücksichtigung der Gesundheitsreform und der Wirkungen des „Hartz-Pakets“ erheblich steigen, falls nicht fortlaufend weitere Leistungsausgrenzungen und -kürzungen auf der Ausgabenseite und Erhöhungen von Zuzahlungen auf der Einnahmeseite durchgeführt werden. Eine sinkende Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter wird im Referenzfall den weitaus größten Teil der steigenden Kosten für die Lohnersatzleistungen einer wachsenden Zahl von Arbeitslosen sowie der altersbedingt steigenden Aufwendungen für die Gesundheitsleistungen tragen müssen.

Das Szenario UST bildet die Umfinanzierung der SFL durch Erhöhungen der Umsatzsteuer ab. Die infolge der Umfinanzierung realisierte Senkung der Sozialversicherungsbeiträge erfolgt in diesem und allen weiteren Szenarien jeweils hälftig für den Arbeitnehmer- und den Arbeitgeberanteil, sodass mit jeder Beitragssatzsenkung ein (nominaler) Nettolohnzuwachs verbunden ist. Um extreme Schocks zu vermeiden, wird der Umfinanzierungsprozess auf fünf Jahre gestreckt. Das Szenario ÖST bildet entsprechend die Umfinanzierung der SFL durch Erhöhungen von Ökosteuern auf fossile Energieträger, das Szenario GUV die Umfinanzierung durch Erhöhungen der effektiven Steuerbelastung von Unternehmensgewinnen und Vermögenseinkommen.

4.2 ERLÄUTERUNG ZENTRALER MAKROÖKONOMISCHER MECHANISMEN ZUM VERSTÄNDNIS DER MODELLERGEBNISSE

Die simulierten Alternativszenarien wirken primär über zwei Kanäle auf das Verhalten der Modellökonomie. Zum einen zeitigen sie je nach der Art der gewählten Umfinanzierung von SFL unterschiedliche nomina-

le Nettoeinkommenseffekte bei verschiedenen Gruppen von Einkommensbeziehern. Zum anderen üben sie unterschiedliche Wirkungen auf die Preise von Produktionsfaktoren und Endnachfragekomponenten aus. Die Preisveränderungen der Güter und Dienstleistungen des privaten Konsums beeinflussen dabei unmittelbar die realen Einkommenseffekte der gewählten Umfinanzierungsvariante: Je stärker der private Konsum verteuert wird, desto geringer fällt der aus einer nominalen Entlastung von Lohneinkommen entstehende Realeinkommenseffekt des jeweiligen Szenarios aus.

Der Beschäftigungseffekt der Umfinanzierungsvarianten resultiert dann wiederum im Wesentlichen aus zwei Einzeleffekten: Erstens aus einem Nachfragestruktureffekt, d.h. dem Niveau und der Struktur der induzierten Nachfrageänderungen, zweitens aus dem Faktorsubstitutionseffekt.

Der Nachfragestruktureffekt auf das Beschäftigungsvolumen ergibt sich aus den absoluten Veränderungen der Nachfrageaggregate privater Konsum, Staatsnachfrage, private Bruttoanlageninvestitionen, Exportvolumen und Importvolumen und den diesen Größen zugeordneten Schätzparametern für die Arbeitsintensität. Der Parameter des privaten Konsums weist den höchsten Koeffizienten auf.¹⁷ Es folgen die Staatsnachfrage, das Exportvolumen und zum Schluss die privaten Investitionen. Der Koeffizient der Veränderung des Importvolumens hat ohnehin ein negatives Vorzeichen, da steigende Importe ceteris paribus immer einen negativen Einfluss auf das Arbeitsvolumen haben.

Aus dieser Hierarchie ergibt sich, dass das Beschäftigungsniveau in der Modellökonomie bei gegebenem Outputniveau je nach Zusammensetzung der Endnachfrage unterschiedlich sein kann. Ein höheres strukturelles Gewicht der Konsumnachfrage ist tendenziell mit niedrigerer gesellschaftlicher Arbeitsproduktivität (bzw. Kapitalintensität) und höherer Beschäftigung verbunden. Ein stark exportorientierter und kapitalintensiver Entwicklungspfad mit hohem Investitionsniveau ist dagegen mit einer stärkeren Entwicklung der Arbeitsproduktivität und mit geringerem Beschäftigungsniveau verbunden. Entsprechendes gilt natürlich auch für Outputänderungen: Je nach der Struktur eines gegebenen Betrages an Outputwachstum kann sich ein höherer oder niedrigerer Beschäf-

tigungseffekt ergeben. Die Struktur des Outputwachstums und seine Veränderung führen zu Variationen der Arbeitsproduktivität und damit auch zu Änderungen des Niveaus der Beschäftigungsschwelle. Schließlich kann selbst ein sinkender Output aufgrund von Verschiebungen in der Nachfragestruktur zu einem wachsenden Beschäftigungsvolumen führen.

Für die Wirkungen der Umfinanzierungsalternativen bedeutet das, dass ihre Beschäftigungswirkungen umso höher ausfallen, je stärker die Nachfragestruktur sich in Richtung des privaten Konsums entwickelt. Dieses wird dann besonders ausgeprägt ausfallen, wenn der Realeinkommenseffekt konzentriert im Bereich der Einkommensgruppen mit relativ hoher Konsumquote anfällt.

Der Faktorsubstitutionseffekt ergibt sich aus der durch die Umfinanzierung induzierten Veränderung des Lohnstückkostenindex und des Deflators der Unternehmensinvestitionen, also aus Verschiebungen der relativen Faktorpreise. Der Parameter des Lohnstückkostenindex weist ein negatives Vorzeichen auf, jener des Investitionsgüterdeflators ein positives Vorzeichen. Steigen ceteris paribus die Lohnstückkosten, sinkt das Arbeitsvolumen; steigen ceteris paribus die Investitionsgüterpreise, steigt das Arbeitsvolumen. Verändern sich beide Preiskomponenten, so bestimmt der Saldo der Veränderungen den Nettoeffekt der Faktorsubstitutionskomponente auf das Arbeitsvolumen.

4.3 SIMULATIONSERGEBNISSE

Abbildungen 2 und 3 geben die Ergebnisse der Umfinanzierungsszenarien in Abweichung vom Referenzszenario wieder. Be-

¹⁶ Die modellgestützte Referenzprognose von 1,3 % pro Jahr für das langfristige Wachstum liegt deutlich unter der von der Rürup-Kommission (2003, S. 61 ff.) getroffenen Annahme von 1,8 % pro Jahr. Die von der Kommission selbst als „verhalten optimistisch“ bezeichnete Prognose liegt deutlich über dem langfristigen Wachstumstrend für die Bundesrepublik. Begründet wird dies durch Wachstumseffekte der Arbeitsmarktreformen und steigender internationaler Wettbewerbsfähigkeit, ohne dass allerdings die angenommenen Wirkungsketten näher erläutert würden.

¹⁷ Zur Struktur und relativen Arbeitsintensität des privaten Konsums vgl. Statistisches Bundesamt 2000, Tabelle 4, S.32/33 Tabelle 10, S. 68.

Abb. 2: Reales BIP: Abweichungen von der Referenzlösung in %

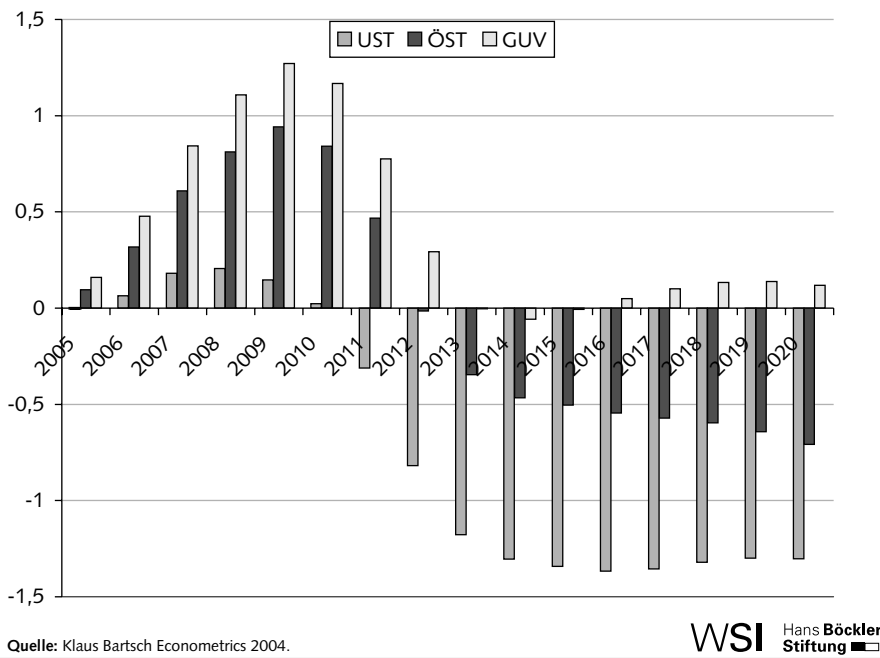
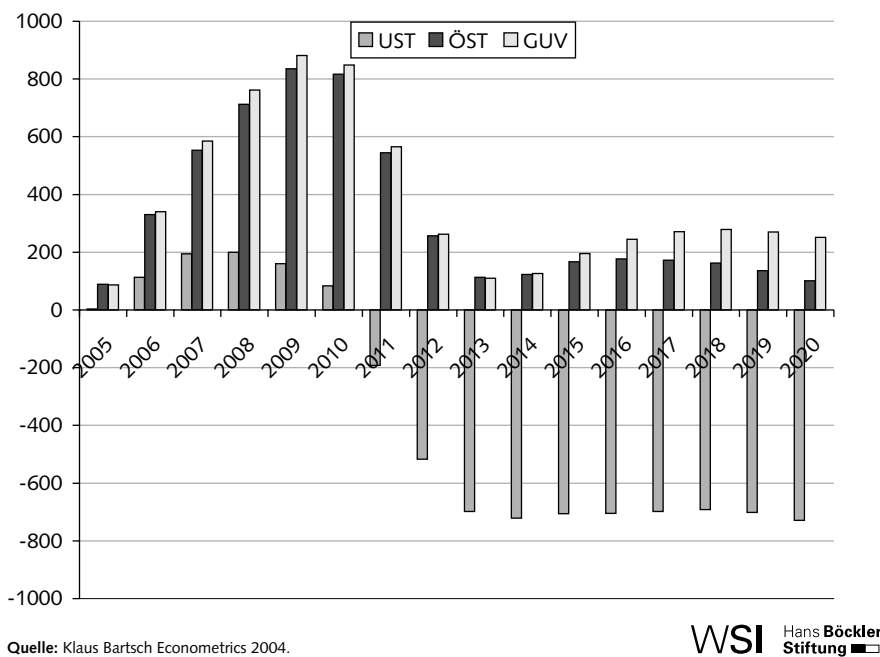


Abb. 3: Erwerbstätige: Abweichungen von der Referenzlösung in 1000



zätzlich des Wirtschaftswachstums (Abbildung 2) führen alle Umfinanzierungsalternativen gegenüber dem Referenzszenario innerhalb der ersten fünf Jahre zu einem leichten (UST) bis deutlichen (ÖST und GUV) Anstieg, der in der Folgezeit jedoch wieder neutralisiert wird (GUV) oder sich sogar in mäßige (ÖST) und deutliche (UST) Wachstumsverluste umkehrt. Die

Beschäftigungswirkungen korrespondieren aufgrund der zuvor beschriebenen Zusammenhänge nicht unmittelbar mit den Wachstumswirkungen. Zwar führt das Szenario UST nach leichten anfänglichen Beschäftigungsgewinnen langfristig zu deutlichen Verlusten. Die beiden anderen Szenarien führen jedoch nach starken anfänglichen Beschäftigungsgewinnen auch

langfristig, trotz gleichbleibenden (GUV) bzw. sinkenden (ÖST) Outputs, zu höherer Beschäftigung.

Im Folgenden werden die Wirkungen für die einzelnen Umfinanzierungsszenarien erläutert. Dabei werden die kumulierten Wirkungen der Veränderung der privaten Konsumnachfrage, der übrigen gesamtwirtschaftlichen Endnachfrage sowie der Faktorsubstitutionskomponente auf das Arbeitsvolumen relativ zum Referenzszenario graphisch dargestellt, da die Entwicklung dieser drei Komponenten den Schlüssel zum Verständnis der berechneten Beschäftigungseffekte darstellt (Abbildungen 4 bis 6).

4.3.1 ERHÖHUNG DER UMSATZSTEUER

Die Umfinanzierung von SFL in der bezeichneten Höhe durch eine Erhöhung der Umsatzsteuer erfordert eine Erhöhung des Regelsatzes um etwa 7 Prozentpunkte. Dadurch wird eine Verminderung des aggregierten Sozialversicherungssatzes in etwa gleicher Höhe erreicht.

Die Zahl der Erwerbstätigen steigt auf mittlere Sicht (2005 bis 2010) gegenüber dem Referenzszenario um 0,3 % leicht an. Diese Erhöhung ist jedoch nicht nachhaltig. Langfristig sinkt die Beschäftigtenzahl um etwa 2 % (Abbildung 3).

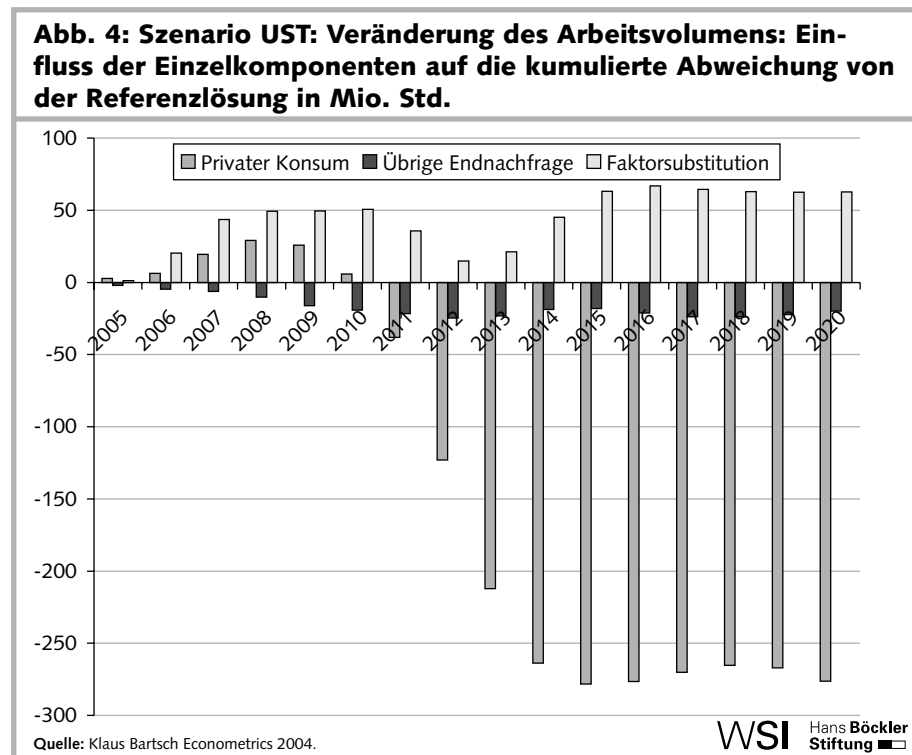
Die mittelfristige Erhöhung der Beschäftigung ist vor allem auf die bewirkte Verschiebung der Faktorpreisrelationen zurückzuführen. Die Reduktion des Wachstums der durchschnittlichen Bruttoeinkommen aus lohnabhängiger Beschäftigung um jeweils die Hälfte der berechneten Senkung der SV-Sätze („Arbeitgeberanteil“ am Umfinanzierungsertrag) lässt die Lohnstückkosten in der Anpassungsphase um 0,6 % sinken. Demgegenüber steigt der Investitionsgüterdeflator insbesondere aufgrund von moderaten Importpreiserhöhungen infolge einer preisteigerungsbedingten leichten Abwertung des Euro¹⁸ gegenüber dem Referenzpfad

¹⁸ Aufgrund des hohen Gewichts der deutschen Volkswirtschaft innerhalb der Eurozone und der engen wechselseitigen Handelsbeziehungen kann davon ausgegangen werden, dass die Preiswirkungen der Umsatzsteuererhöhung auf die übrigen Euroländer ausstrahlen, sodass eine Abwertung gegenüber den Währungen des Euroauslandes zu erwarten ist.

um 0,4 % an. Diese Verschiebung begünstigt bei Neuinvestitionen graduell Unternehmensentscheidungen zugunsten weniger kapitalintensiver Produktionstechniken; der Faktorsubstitutionseffekt auf das Beschäftigungsvolumen ist positiv (Abbildung 4).

Die BIP-Entwicklung trägt in diesem Szenario hingegen mittelfristig kaum zur Beschäftigungsentwicklung bei (Abbildung 2). Der private Konsum stagniert. Zwar steigen die Nettoreallöhne der von der Umfinanzierung durch sinkende Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung direkt begünstigten sozialversicherungspflichtigen Lohnabhängigen mit 2,8 % (2005 bis 2010) gegenüber dem Referenzpfad deutlich an. Dem stehen jedoch infolge der Preiswirkungen der Umsatzsteuererhöhungen Realeinkommensverluste bei den Beziehern von Sozialtransfers gegenüber, die lediglich bei den Altersrentnern teilweise durch den positiven Effekt sinkender Rentenversicherungsbeiträge auf den Anpassungssatz kompensiert werden. Auch die verfügbaren Realeinkommen der Selbständigenhaushalte sinken aufgrund der nur etwa 50%igen Überwälzbarkeit der Umsatzsteuererhöhung auf die Endverbraucherpreise. Gesamtwirtschaftlich kompensieren die negativen Wirkungen auf das Realeinkommen von Transferempfängern und – in geringerem Umfang – Selbständigenhaushalten insgesamt in etwa den positiven Realeinkommenseffekt bei den sozialversicherungspflichtigen Lohnabhängigen. Die Umfinanzierung durch Umsatzsteuererhöhungen ist also schon auf mittlere Sicht kein Wachstumsprogramm.

Auf längere Sicht (2011–2020) induziert die umsatzsteuerbasierte Umfinanzierung jedoch negative Wachstums- und Beschäftigungseffekte. Dafür ist der errechnete Rückgang des privaten Konsums gegenüber dem Referenzpfad ausschlaggebend. Dieser Rückgang basiert vor allem auf zwei Faktoren: Erstens entfällt nach der Anpassungsphase 2005/2009 bei den Rentnerhaushalten der die Realeinkommen stabilisierende Effekt jährlich sinkender Rentenversicherungsbeiträge auf den Rentenanpassungssatz. Dies führt in der Folgezeit zu substanziellen zusätzlichen Realeinkommensverlusten bei den Sozialtransferbeziehern. Zweitens entfällt nach der Anpassungsphase auch die mit der fortlaufenden Senkung der Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung verbunde-



ne Stützung des privaten Konsums. Nach abgeschlossenem Umfinanzierungsprozess erreicht die Beitragssatzentlastung ein in etwa stationäres Niveau, sodass die in der Anpassungsphase durch fortlaufende zusätzliche Beitragssatzsenkungen gegebenen Impulse für den privaten Konsum entfallen.

Die abgeschwächte Konsumnachfrage dämpft in der Folge die Absatzerwartungen und damit auch das Investitionsniveau der Unternehmen. Mit diesem Prozess gehen merkliche Beschäftigungsverluste einher, die den positiven Konsumeffekt infolge höherer Nettoreallöhne zunehmend mindern. Die Abnahme der Beschäftigung führt zu steigenden Lohnersatzleistungen und sinkenden Beitragseinnahmen. Die aus diesem Prozess resultierende Erhöhung der Sozialversicherungssätze bewirkt langfristig die Rücknahme eines kleineren Teils der primären umfinanzierungsbedingten Beitragssatzentlastung.

4.3.2 ERHÖHUNG VON ÖKOSTEUERN

Die Umfinanzierung von SFL durch Steuern auf fossile Energieträger wird im Modell mittelfristig durch eine Anhebung des repräsentativen Mineralölsteuersatzes um etwa 1,5 € abgebildet. Da die höhere Energiesteuer im Laufe der Zeit deutliche Lenkungswirkungen zeitigt, wird zur Finanzie-

rung der SFL im Zeitablauf eine weitere Anhebung auf insgesamt 1,9 € notwendig.

Die Umfinanzierung eines gegebenen Betrages SFL durch die Erhöhung von Ökosteuern belastet die privaten Haushalte insgesamt weniger als durch die Erhöhung der Umsatzsteuer. Dies liegt daran, dass sich die preisliche Mehrbelastung durch Erhöhung von Ökosteuern auf alle Endverbraucherkategorien inklusive der Exporte verteilt, während sie bei der Umsatzsteuer aufgrund der de facto Befreiung der Exporte von der Umsatzsteuer und der Möglichkeit des fast vollständigen Vorsteuerabzugs bei Anlageinvestitionsgütern fast nur vom privaten Konsum getragen wird. Die Nettoeinkommen der privaten Haushalte liegen infolge der niedrigeren Preiseffekte deutlich oberhalb des Niveaus von UST, aber auch des Referenzszenarios.

Daher fällt die Entwicklung des privaten Konsums – als zentraler Determinante für die Beschäftigungswirkungen – insgesamt erheblich günstiger als im Szenario UST aus. Auch gegenüber dem Referenzszenario kann ein im Zeitablauf abnehmender, aber dauerhaft positiver Konsumeffekt festgestellt werden.

Die mittelfristig deutliche Erhöhung des privaten Konsums erzeugt trotz des entgegen gesetzten Faktorsubstitutionseffektes und einer geringfügig sinkenden Bruttosachkapitalrendite ein per Saldo leicht steigendes Anlageninvestitionsni-

Abb. 5: Szenario ÖST: Veränderung des Arbeitsvolumens: Einfluss der Einzelkomponenten auf die kumulierte Abweichung von der Referenzlösung in Mio. Std.

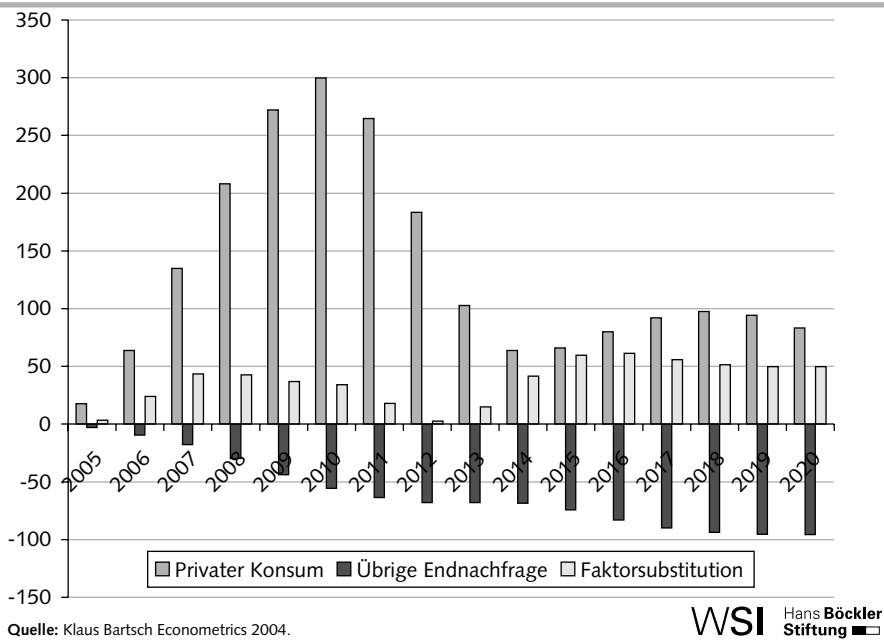
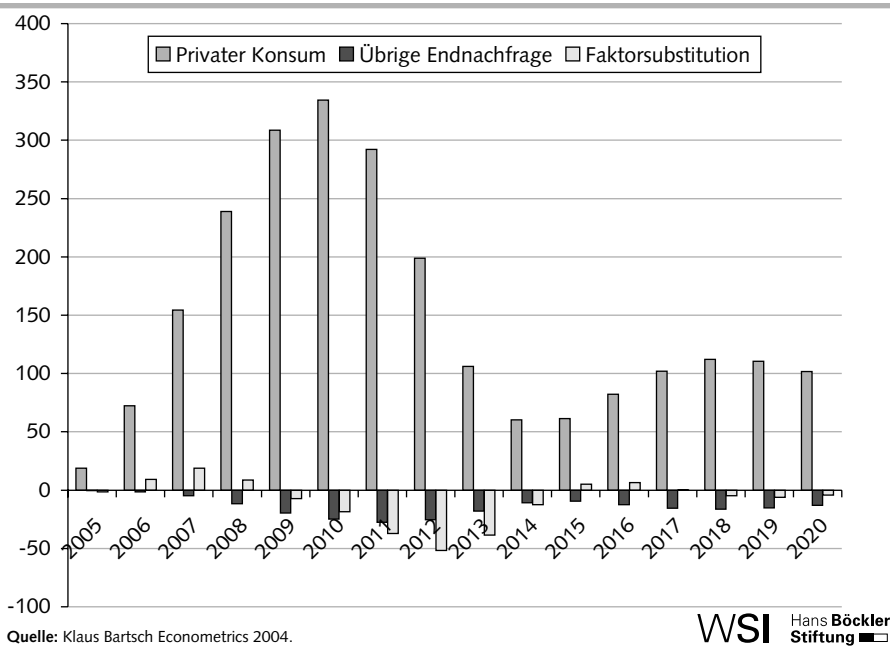


Abb. 6: Szenario GUV: Veränderung des Arbeitsvolumens: Einfluss der Einzelkomponenten auf die kumulierte Abweichung von der Referenzlösung in Mio. Std.



veau. Auch die Wohnungsbauinvestitionen steigen infolge höherer Realeinkommen spürbar an.

Der insgesamt positive Nachfrageeffekt (Abbildung 5) schafft in Verbindung mit dem Nachfragestruktureffekt und der Wirkung der Faktorsubstitution mittelfristig eine Mehrbeschäftigung von deutlich über 500.000 Personen (Abbildungen 2 und 5).

Allerdings bildet sich der Beschäftigungseffekt langfristig wieder zurück. Ähnlich wie im Szenario UST laufen die in der Anpassungsphase 2005/2009 durch fortlaufende Nettoeinkommensteigerungen erzeugten Nachfrageimpulse in der Folgezeit aus. Auch die Stützung der Nettotransferinkommen durch die in der Übergangsphase infolge jährlich sinkender Renten-

versicherungsbeiträge steigenden Rentenanpassungssätze entfällt ab 2011. Zwar bleibt auch langfristig eine positive Konsumwirkung erhalten, da die Anhebungen des Niveaus der Nettoeinkommen der Lohnabhängigen nachhaltig sind. Demgegenüber stehen jedoch infolge sich verschlechternder Terms of Trade sinkende Exportüberschüsse. Auch die Unternehmensinvestitionen sinken. Allerdings nimmt der Einfluss der Verschiebung der relativen Faktorpreise zugunsten der Arbeitskosten auf das Investitionsniveau ab, da infolge der verbesserten Beschäftigungssituation im Vergleich mit dem Referenzszenario von den Lohnabhängigen etwas höhere Lohnzuwächse durchgesetzt werden können. Langfristig wird der Einfluss der insgesamt sinkenden Gesamtnachfrage sowie der leichten Verschlechterung der Sachkapitalrendite dominierend. Es bleibt jedoch auch auf lange Sicht ein kleiner positiver Beschäftigungseffekt in der Größenordnung von über 100.000 Erwerbstätigen erhalten. Dies ist vor allem auf die durch die Umfinanzierung bewirkte Veränderung der Nachfragestruktur zurückzuführen. Der vergleichsweise arbeitsintensive private Konsum erhöht sein strukturelles Gewicht, während die weniger arbeitsintensiven Nachfragebereiche Anlageninvestitionen und Exporte ihr Gewicht vermindern. Daneben wirkt Beschäftigung stützend, sodass die faktorsubstitutionsbedingten Veränderungen des Kapitalstocks zugunsten arbeitsintensiverer Technologien in den Jahren von 2005 bis etwa 2015 über die gesamte Nutzungsdauer der Investitionen dieser Periode weiterwirken.

4.3.3 ERHÖHUNG DER GEWINN- UND VERMÖGENSBESTEuerung

Die Umfinanzierung von SFL durch die Erhöhung von gewinn- und vermögensbezogenen Steuern entspricht einer Anhebung der durchschnittlichen effektiven Steuerbelastung der Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen um 10 Prozentpunkte von rund 15 % auf etwa 25 %. Etwas konkreter könnte diese durch effektiv höhere Unternehmenssteuern (Kapitalgesellschaften wie Personengesellschaften), eine höhere Effektivität der Kapitaleinkommensbesteuerung, eine Erhöhung der Erbschaftsteuer und/oder eine Wiedereinsetzung der Vermögensteuer erreicht werden.

Die Umfinanzierung von SFL durch Erhöhung von Gewinn- und Vermögenssteuern hat im gesamten Simulationszeitraum nur vernachlässigbare Konsumentenpreiswirkungen zur Folge, da Komponenten des privaten Konsums nicht belastet werden. Das Nettoeinkommensniveau von GUV übersteigt daher diejenigen der übrigen Umfinanzierungsszenarien. Demzufolge liegt auch der Konsumeffekt über den gesamten Simulationszeitraum höher als im Fall der Szenarien UST und ÖST. Da die geringen Preiseffekte dieser Umfinanzierungsalternative auch die außenwirtschaftlichen Preisrelationen nahezu unverändert lassen, wird der Exportüberschuss langfristig nicht vermindert.

Die Unternehmensinvestitionen werden mittelfristig durch die höhere Gesamtnachfrage gestützt (Abbildung 6). Die Mehrnachfrage kompensiert die relativ niedrigere Sachkapitalrendite infolge der höheren Gewinnbesteuerung über. Die Faktorsubstitution fällt im Vergleich zu den anderen Umfinanzierungsszenarien so gut wie nicht ins Gewicht. Die Unternehmensinvestitionen steigen deshalb mittelfristig um 0,3 % gegenüber dem Referenzszenario und somit vergleichbar mit dem Szenario ÖST an.

In der Periode 2011 bis 2015 unterschreitet das Investitionsniveau von GUV jenes der übrigen Szenarien. Das verglichen mit den übrigen Umfinanzierungsszenarien höhere Nachfrageniveau kompensiert jedoch auf lange Sicht den größten Teil der Sachkapitalrenditedifferenz zu diesen Szenarien. Da gleichzeitig die Nachfrage langfristig höher liegt, entwickelt sich das Investitionsvolumen der Unternehmen in der Periode 2015/2020 wieder vergleichsweise günstiger. Der höhere Wachstumseffekt bewirkt gemeinsam mit der Wirkung der Veränderung der Nachfragestruktur zugunsten des arbeitsintensiveren Konsums ein dauerhaft über dem Referenzszenario und den alternativen Umfinanzierungsszenarien liegendes Beschäftigungsniveau (Abbildungen 2 und 6).

Die Beschäftigungseffekte der Umfinanzierung von SFL hängen entscheidend von den Wirkungen der gewählten Gegenfinanzierungsart auf den im Vergleich mit anderen Nachfragekomponenten relativ arbeitsintensiven privaten Konsum ab. Je stärker die jeweils gewählte kompensatorische Steueranhebung das Konsumentenpreisniveau erhöht, desto weniger nachhaltig sind anfängliche nachfrage- und faktor-

substitutionsbedingte Beschäftigungsgewinne infolge sinkender Sozialversicherungsbeiträge ausgeprägt.

Die höchsten Beschäftigungseffekte mit maximal etwa 800.000 Personen in den Jahren 2009/10 ergäben sich auf dem Wege einer Umfinanzierung der SFL durch die Erhöhung von Gewinn- und Vermögenssteuern. Auch für den Fall der Gegenfinanzierung durch Energiesteuererhöhungen wird ein dauerhaft positiver, im Zeitablauf allerdings abnehmender Beschäftigungseffekt simuliert. Demgegenüber ergab die umsatzsteuerbasierte Umfinanzierung kurz- und mittelfristig nur geringe positive Wirkungen, langfristig jedoch ausgeprägt negative Beschäftigungs- und Wachstumseffekte.

5

Fazit und wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen

Der seit Mitte der 90er Jahre beobachtbare Trend einer im internationalen Vergleich rückläufigen Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft konnte 2003 zwar aufgehalten werden. Dies hat jedoch weniger mit einer Verbesserung der deutschen Lage, vielmehr mit einer allgemeinen Stagnation in der EU zu tun. Auf eine mangelnde internationale Wettbewerbsfähigkeit kann die unbefriedigende deutsche Leistungsfähigkeit jedoch nicht zurückgeführt werden. Das Lohnstückkostenwachstum ist im internationalen Vergleich weiterhin unterdurchschnittlich, auch wenn die weitere Euro-Aufwertung innerhalb des letzten Jahres die positive Wirkung auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit etwas gedämpft hat. Die hohen Exportüberschüsse haben auch 2003 wieder ein Abgleiten in die Rezession verhindert.

Auch die in jüngerer Zeit häufig zusätzlich zu den üblichen standort- und angebotspolitischen Argumenten für „radikale Strukturreformen“ angeführte „demographische Bedrohung“ erweist sich bei näherem Hinsehen als wenig stichhaltig. Vielmehr kann eine ökonomische Überforderung der Gesellschaft durch Bevölkerungsrückgang und Alterung schon allein dadurch vermieden werden, dass in Zukunft das bestehende Erwerbspersonenpotenzial durch Abbau von Arbeitslosigkeit sowie

durch Erhöhung des effektiven Renteneintrittsalters besser ausgelastet wird. Auch die mit dem gegenwärtigen System verbundene Finanzierung der sozialen Sicherung über Sozialbeiträge und daher hohe Lohnnebenkosten erweist sich nicht als grundsätzliches Hindernis für Wachstum und Beschäftigung. Zwar kann eine stärkere Steuerfinanzierung versicherungsfremder Leistungen in der Sozialversicherung zu leicht positiven Beschäftigungswirkungen führen. Die zu erwartenden Effekte sind jedoch selbst bei erheblichem Umfinanzierungsvolumen von über 50 Mrd. € mit langfristig um die 200.000 zusätzlichen Erwerbstätigen eher gering. Zudem setzt dies die Bereitschaft zu entsprechenden Erhöhungen der gewinn- und vermögensbezogenen Steuern oder der Ökosteuern voraus. Die in der gegenwärtigen Debatte favorisierte umsatzsteuerbasierte Umfinanzierung erweist sich dagegen als langfristig beschäftigungspolitisch wenig effektiv.

Die Umfinanzierung der sozialen Sicherung durch die Steuerfinanzierung versicherungsfremder Leistungen kann so zwar einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der Sozialsysteme und bei entsprechender Ausgestaltung in sehr begrenztem Maße auch zur Verbesserung der Beschäftigungssituation leisten. Als alleiniges Instrument wäre sie jedoch bei weitem überfordert. Ein langfristig höheres Wirtschaftswachstum und eine Annäherung an die Vollbeschäftigung werden ganz unabhängig von der demographischen Entwicklung nur möglich sein, falls die wesentliche Ursache für Deutschlands schwache wirtschaftliche Performance in den letzten zehn Jahren, ein restriktiver, prozyklischer und schlecht abgestimmter makroökonomischer Politik-Mix, endlich beseitigt wird.

- Arndt, H.W. et al.** (1998): Ökosteuern auf dem Prüfstand der Nachhaltigkeit, Berlin
- Bach, H.-U./Spitznagel, E.** (2003): Was kostet uns die Arbeitslosigkeit?, in: IAB-Kurzbericht, 10
- Bach, S. et al.** (1995): Wirtschaftliche Auswirkungen einer ökologischen Steuerreform, DIW-Sonderheft 153, Berlin
- Bartsch, K.** (1996): Auswirkungen einer Erhöhung der Mehrwertsteuer bei kompensatorischer Senkung des Beitragssatzes zur Sozialversicherung auf Wachstum und Beschäftigung, in: WSI Mitteilungen 11
- Bartsch, K.** (2002): Das makroökonomische Deutschlandmodell LAPROSIM QD 8.3 E; WSI Diskussionspapier 108; Düsseldorf
- Bartsch, K. et al.** (2003): WSI Konjunkturbericht 2003: Mit koordinierter Makropolitik gegen die Stagnation, in: WSI Mitteilungen, 12, S. 695–711
- Blanchard, O./Wolfers, J.** (2000): The Role of Shocks and Institutions in the Rise of European Unemployment: the Aggregate Evidence, in: The Economic Journal, S. C1–C33
- Bosbach, G.** (2004): Die modernen Kaffeemaschinen, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 2, S. 97–103
- Bundesregierung** (2002): Strategiebericht zur Alterssicherung hebt Rentenreform hervor, 29.05., Regierung online
- Deutsche Bundesbank** (2004): Die deutsche Zahlungsbilanz für das Jahr 2003, in: Monatsbericht, März, S. 39–53
- Deutscher Bundestag** (2002): Enquete-Kommission „Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik“, Schlussbericht, Berlin
- DIW/FiFo** (Finanzwissenschaftliches Forschungsinstitut an der Universität zu Köln) (1999): Anforderungen an und Anknüpfungspunkte für eine Reform des Steuersystems unter ökologischen Aspekten, Bericht des Umweltbundesamtes 3, Berlin
- Dreger, C.** (1996): Beschäftigungswirkungen einer Ausgliederung versicherungsfremder Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung: Ergebnisse einer Simulationsrechnung, in: Wirtschaft im Wandel 16
- Eckerle, K./Weidig, I./Wolf, H.** (1995): Umbau der Finanzierung der Arbeitslosenversicherung, Untersuchung von Prognosen im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung, Basel
- Europäische Kommission** (2004): Annual Macroeconomic Database (AMECO), Brüssel
- Fritsche et al.** (2004): Makroökonomische Regime und ökonomische Entwicklung: das Beispiel USA, in: Hein, E. et al. (Hg.), Europas Wirtschaft gestalten. Makroökonomische Koordinierung und die Rolle der Gewerkschaften, Hamburg, im Erscheinen
- Hein, E./Heise, A./Truger, A.** (Hg.) (2003): Neu-Keynesianismus – Der neue wirtschaftspolitische Mainstream?, Marburg
- Hein, E./Mülhaupt, B./Truger, A.** (2001): Der WSI-Standortbericht 2001: Eine makroökonomische Perspektive, in: WSI Mitteilungen 6, S. 351–358
- Hein, E./Mülhaupt, B./Truger, A.** (2002): Der WSI-Standortbericht 2002: „Schlusslicht Deutschland“ – eine makroökonomische Interpretation, in: WSI Mitteilungen 6, S. 307–318
- Hein, E./Mülhaupt, B./Truger, A.** (2003): Der WSI Standortbericht 2003: Standort Deutschland – reif für radikale Reformen?, in: WSI Mitteilungen 6, S. 331–343
- Hein, E./Schulten, T./Truger, A.** (2004): Lohnentwicklung und Deflationsgefahren in Deutschland und Europa, in: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, 134, S. 61–83
- Herzog-Kommission** (2003): Bericht der Kommission „Soziale Sicherheit“ zur Reform der sozialen Sicherungssysteme, Berlin
- IMF** (2004): International Monetary Fund, World Economic Outlook 2004, Washington D.C.
- Institute** (2003): Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute, Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 2003, in: DIW Wochenbericht 43, S. 643–686
- Institute** (2004): Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2004, in: DIW Wochenbericht 18, S. 231–278
- Kaltenborn, B. u.a.** (2003): Arbeitsmarkteffekte eines Freibetrags bei den Sozialabgaben, München und Mering
- Landmann, O./Jäger, J.** (1999): Beschäftigungstheorie, Berlin u.a.
- Meinhardt, V.** (2004): Finanzierung sozialversicherungsfremder Leistungen, in: Hein, E.; Heise, A.; Truger, A. (Hrsg.): Finanzpolitik in der Kontroverse, Marburg 2004 (im Erscheinen)
- Meinhardt, V./Zwiener, R.** (1997): Steuerfinanzierung von versicherungsfremden Leistungen in der Sozialversicherung; in: Vierteljahresshefte zur Wirtschaftsforschung 3/4
- Nickell, S.** (1997): Unemployment and Labor Market Rigidities: Europe versus North America, in: Journal of Economic Perspectives, S. 55–74.
- Prognos** (2002): Deutschland Report 2002–2020, Basel
- Reuter, N.** (2004): Die fetten Jahre sind nicht vorbei. Die Konsequenzen des demographischen Wandels, in: Forschung und Lehre 5
- RWI** (Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung) (Hrsg.) (1996): Regionalwirtschaftliche Wirkungen von Steuern und Abgaben auf den Verbrauch von Energie – das Beispiel Nordrhein-Westfalen, Essen
- Rürup-Kommission** (2003): Bericht der Kommission „Nachhaltigkeit in der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme“, Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung, Berlin
- Sommer, B.** (2003): Bevölkerungsentwicklung bis 2050, in: Wirtschaft und Statistik 8
- Statistisches Bundesamt** (2000): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18, Reihe 2, Input-Output-Rechnung 1995, Wiesbaden 2000
- Statistisches Bundesamt** (2003): Bevölkerung Deutschlands bis 2050, 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden
- Steffens, J.** (2002): Die Anpassung der Renten, Bremen
- Steiner, V.** (1996): Employment and Wage Effects of Social Security Financing – An Empirical Analysis of the West German Experience and some Policy Simulations, ZEW Discussion Paper 14.
- SVR** (2001): Jahresgutachten 2001/02 des Sachverständigenrats zur Begutachtung der wirtschaftlichen Entwicklung, Deutscher Bundestag, Drucksache 14/7569
- SVR** (2003): Jahresgutachten 2003/04 des Sachverständigenrats zur Begutachtung der wirtschaftlichen Entwicklung, Deutscher Bundestag, Drucksache 15/2000
- Vogler-Ludwig, K.** (1996): Versicherungsfremde Leistungen in der Sozialversicherung, in: ifo-Schnelldienst 17–18
- Volz, J.** (2003): Großbritannien: Erfolgreiche antizyklische Wirtschaftspolitik, in: DIW-Wochenbericht 13–14, S. 197–201
- Zika, G.** (1997): Wege zu mehr Beschäftigung durch Senkung der Sozialversicherungsbeiträge? Auf die Gegenfinanzierung kommt es an, in: IAB Kurzbericht 2